

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingere. in der Post-Vertheilungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Just 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 27. Juni 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

### „Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

### „Die Neue Welt“.

Die Weltlage ist so bewegt, daß sie mehr und mehr das Interesse jedes denkenden Menschen in Anspruch nehmen muß. Die Umsturzvorlage ist zwar gefallen, allein der Umsturz von oben wird eifrig fortgesetzt. Namentlich richten die Anstrengungen der reaktionären Parteien sich gegen das allgemeine Wahlrecht. Das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse soll politisch entrechtet werden. Und der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, um die Rechte des Volkes muß vor allem in der Presse geführt werden. Die Presse ist die mächtigste Waffe des Volkes — und diese Waffe zu stärken, ist Pflicht des Volkes.

Wir fordern die Genossen auf, nach Kräften für die Verbreitung des „Vorwärts“ thätig zu sein.

Nach Beendigung der „Berliner Märztage“ werden wir eine in Südamerika spielende Original-Erzählung, die ebenso spannend als belehrend ist, veröffentlichten, und dann mit dem in der Gegenwart spielenden Roman: „Der Verrückte“ beginnen, welcher die Vernichtung eines hoffnungsvollen Menschenlebens durch kirchlichen Fanatismus darstellt und ähnliche Zustände beleuchtet, wie sie jüngst durch einen sensationellen Prozeß aufgedeckt worden sind.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

**3,30 M. für die Monate Juli—September** entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

### Post festum.

Nach dem Fest. „Das Fest“ und die Feste, die es umkreisen wie die Planeten mit ihren Monden die Sonne, ist vorüber, die Teilnehmer trocken ihre durchnässten Kleider und sind jetzt, soweit Schnupfen und Ragenjammer es erlauben, damit beschäftigt, über das Fest nachzudenken. Und da auch uns die Kieler Festtage mit den Hamburger, Bremer, Lübecker, Vorpommern- und Nachfesten erst jetzt abgeschlossen vorliegen, so kommt unser Post festum keineswegs post festum, obgleich mancher der Meinung sein dürfte, daß das ganze Fest sei post festum gekommen, das heißt nach der Zeit, wo solche Feste an der Zeit waren, — und es sei folglich ein Anachronismus.

Genug — das Fest ist vorüber, die Festgenossen sind nach Hause gegangen oder unterwegs nach Hause, die letzten Kerzen sind erloschen, und wie immer nach lärmendem, glänzendem, betäubendem Festjubiläum und Festpomp stellt sich mit dem „grauen Glend“ die Frage ein: war der Spektakel die Kerzen werth?

Überdies Millionen und mehr — 1 700 000 — Mark hat das Reich unmittelbar ausgegeben, gut eine halbe Million außerdem mittelbar für Extraverrichtungen bei der Marine u. s. w. — zusammen mehr als zwei Millionen; Hamburg gut eine Million, davon die Hälfte für die Gintaga-Alsterinsel, die, trotz ihrer pappdeckelnen Vergänglichkeits, ein unvergängliches Denkmal für deutschen Byzantinismus ist, zwischen den Zirkusbauten eines Tiberius und den Dörfern des Potemkin in der Mitte; Bremen gut eine halbe Million; Lübeck gut eine Viertel Million — und sonst noch eine Viertel Million — und dann was die eingeladenen Gäste, wir meinen die offiziellen: die Regierungen der verschiedenen Staaten des Auslandes zu bezahlen hatten. So läppchen sich gut zehn Millionen zusammen, die in diesen „einzig“, „denkwürdigen Festtagen“ verneigt, vertanzt und verpulvert worden sind.

Was hätte für diese Summe sich schaffen lassen! Wie viel Wissen konnte verbreitet, wie viel Noth konnte gehoben oder wenigstens gelindert werden. Und was ist geschahen worden?

Ein Friedensfest! — unter Kanonendonner. Ein altrömisches Jubelfest in moderner Kulturgenauigkeit. Wie? Ein altrömisches Jubelfest? Seien wir nicht ungerecht gegen die Alten. Ihr Wahrspruch war: für das Volk Brot und Spiele! Die Spiele für das Volk und auf des Volks Kosten — sie sind geblieben. Allein das Brot ist außer Mode in dieser Aera der Kornzölle, ohne welche die „Edelsten“ nicht bestehen können, ohne welche die heutige Reichsherrlichkeit und der Zirkuskurs nicht bestehen kann. Aus dem „Brot und Spiele“ ist deshalb die nahr-

haftere Hälfte: das Brot, jetzt entfernt und die Spiele, die dem Volke geboten werden, finden statt unter hochgehängtem Brotkorb — im Zeichen der künstlichen Thenernung. Natürlich zu des Volkes Nutzen, denn allzu reichliches Futter schadet bekanntlich.

Ein Friedensfest! So lönt es von allen Seiten, in allen Tonarten. Und auf dem Fest selbst ist sehr viel vom Frieden gesprochen worden. Und jedes Friedenswort hatte zur Bekräftigung den Donner von hundert Kanonen! Der reine Friedenskarneval. Ein internationaler Fasching — um drei Monate verspätet. Friede und Kanonen — wie stimmt das? Ist es Scherz oder ist es Hohn? Ein Scherz wohl kaum, weil zu altbacken; wird der „Kanonenschieße“ doch schon seit Jahrzehnten als „Friede unter der Kanone“ verspottet. Es bleibt also bei dem Hohn. Absichtlicher gewiß nicht. Denn dann hätten die Veranstalter des Kieler Festes ja sich selber am meisten verhöhnt. Aber wie nach dem Sprichwort die unabsichtlichen Witze die besten sind, so der unabsichtliche Hohn der beißendste, brennendste — in diesem Fall brennend wie das Eisen des Henkers, welches das Brandmal ins rauchende Fleisch einbrennt.

Die „Vereinigten Staaten“ Europa's und anderer Erdtheile feiern ein internationales Friedensfest, indem sie die mörderischsten Kriegsmaschinen, die sie in jahrzehntelangen Wettbewerben der Nordkultur zu gegenseitiger Abschichtung haben erfinden können, zu einem gemeinsamen Rendezvous schiden, zu einer internationalen Kriegsschiffen-Ausstellung. Der Gedanke ist so toll, daß er in Zukunft, wenn die Menschen den Geschmack an derartigen Späßen verloren haben, von niemand wird begriffen werden. Ein so krasser, so widerwärtiger Widerspruch ist bloß möglich in einer Zeit der krassen widersinnigen Widersprüche, wie die unsrige es ist. Ein Friedensfest mit Kriegsschiffen, und Friedensreden mit Kanonendonner — das paßt zu dem Toast, den Herr von Köller in Kiel auf die Presse ausgebracht hat. Der Polizeiminister, dem jede Zeitung ein Dorn im Auge ist, der sich über die Presse bei verschiedenen Gelegenheiten in der geringschätzigsten, vorsinnlichstlichen Weise ausgesprochen hat, und der sich mit seinen Amtskollegen weidlich abmüht, der Presse Schwierigkeiten zu bereiten — in Kiel ist er Lobredner der Presse; Herr Köller, der Umsturzminister, tänzelt unter seinen vergangenen und künftigen Prozeßopfern herum als lächelnder, schmeichelnder Plaisirvath. Die reinste Maske. Und das will er zu nennen sein? Freilich, für die deutsche Presse, die aus Rücksicht auf das Ausland einmal „anständig behandelt“ wurde — gleich dem Gefinde auf ostelbischen Gütern, das in der Woche gepörrigt und am Sonntag, wenn Besuch kommt, höflich mit Sie angeredet wird — gilt hier das Sprich-

### Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

### Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Weniger erfreulich waren die Nachrichten, die Hans bei seiner Schwester Elisabeth zu hören bekam. Der Gesundheitszustand der kleinen Anna hatte sich plötzlich verschlimmert. Sie war trotz ärztlicher Hilfe und der sorgsamsten Pflege der Frau Völl am Mittwoch ihrem Leiden erlegen. Die unglücklichen Entbehrungen der letzten Wochen hatten den Körper des kleinen Wesens seiner Widerstandsfähigkeit beraubt. So war es gestorben als eines jener tausende von Opfern, welche die tödtlichen Frühlingskrankheiten alljährlich von den Glenden und Entertöten zu fordern pflegen.

Elisabeth war untröstlich über den Verlust des Kindes, das nicht einmal in ihren Armen gestorben war. Vater Schulze fuhr den kleinen Sarg hinaus auf den Friedhof der Armen. Anton Rowalla war vom tiefsten Schmerz ergriffen und vermochte seinen Thränen nicht zu wehren. Frau Völl, Dora Bernide und Hans bildeten das ganze Leichengefolge. Ein Arbeiterkind — wer fragte auch nach dem? — Sang- und klanglos ward es hinabgesetzt in die feuchte, kühle Erde, während die warmen Sonnenstrahlen schmelzend und lösend um die harten Schollen spielten, die im nächsten Augenblick dumpf hinabstürzten auf das schmucklose kleine Brettergehäuse.

Es war am Freitag Nachmittag. Gemessenen Schrittes kehrte Hans vom Friedhof durch die Straßen der Vorstadt nach der Friedrichstadt zurück. Unheimliche Stille lag über Berlin — die Stille vor dem Sturm. Verbissene, finstere Gesichter, bligende Augen und nervös verzogene Miene — das war an diesem Tage die Physiognomie des Volkes. Weit über die Stadtmauer hinaus, bis in die äußersten Arbeiterviertel, zitterte heftig die Erregung nach, die von

dem Schauspiel der blutigen Megeleien sich über die Stadt hin ausgebreitet hatte.

Ein „Wunder“ mußte geschehen, wenn dieser in seinen tiefsten Tiefen aufgewühlte See sich beruhigen, diese hunderttausende empörter Gemüther beschwichtigt werden sollten. Wer aber sollte dieses Wunder vollbringen?

Nach Bruno Volkmanth's Wohnung lenkte Hans Hartung seine Schritte. Dem jungen Studenten war in diesen wild bewegten Tagen ein neues Leben aufgegangen. Was er bisher als eine Welt von unbestimmten Gedanken und Phantasien in sich getragen, das schien ihm, in den Ausfängen wenigstens, der Verwirklichung nahe. Das unterdrückte Volk, das er mit überquellend heißem Herzen liebte, hatte sich auf sein Recht und seine Menschenwürde besonnen. Und mitten in diesem hochstehenden Treiben war ihm etwas gar seltsames geschehen: er verhehlte es sich nicht länger, daß Dora Bernide, das einfache, frische Kind des Volkes, sein Herz gewonnen hatte.

Noch war kein Wort von Liebe zwischen ihnen gesprochen worden, aber ihre Blicke verriethen, wie es um ihre jungen Herzen stand. Und doppelte Kraft hatte dem Jüngling dieses neue, die Lebensempfindung mächtig steigende Gefühl verliehen — doppelte Kraft für den Dienst der Sache, der er sich mit so viel Begeisterung geweiht, hatte. Er hatte seine Thätigkeit in den letzten Tagen vornehmlich darauf gerichtet, die Berliner Studentenschaft für die Sache des Volkes zu gewinnen. Die Ereignisse waren ihm in dieser Hinsicht zu Hilfe gekommen. Als Hans Hartung bei ihm vorsprach, war er gerade aus einer Versammlung in der Universität zurückgekehrt, in der die Nachricht, daß die Revolution in Wien besonders durch das mannhafte Vorgehen der Wiener Studentenschaft gestiegt habe, mit der größten Begeisterung aufgenommen worden war.

„Ja, er ist weggegangen, der große Metternich,“ rief Bruno begeistert, nachdem er Hans Hartung von den Vorgängen innerhalb der Berliner Studentenschaft berichtet hatte. „Und unsere kleinen Metterniche werden, müssen ihm folgen. Die Mehrzahl der Studenten ist für das Volk gewonnen: man hat sie im Schlosse beleidigt, als sie dort ihre Ver-

mittlung anboten, und das verträgt ein deutscher Student am allerwenigsten.“

Mit innerer Freude hatte Hans Hartung den Worten des Jünglings gelauscht, der ihm in kurzer Zeit zum vertrauten Freunde geworden war. Jetzt fiel sein Blick auf eine Visitenkarte, die auf dem Tische lag. Er nahm sie auf und las unter einer lebendigen Krone den Namen Joachim Graf Schilddburg.

„Was hat das zu bedeuten?“ fragte er Bruno nicht ohne Befremden — ist das nicht jener...“

„Jener tapfere Reder, der dem Herrn von Pilgram so heldenmüthig beigefallen hat,“ sagte Bruno geringschätzig. „Haben mich lange genug warten lassen, die edlen Herren.“

„Eine Herausforderung?“ fragte Hans mit gewisser Besorgniß.

„Auf Kugeln, fünf Schritte Distanz, bis zur Kampfunfähigkeit,“ versetzte Bruno gelassen. „Beschluss des Offiziersraths — die Striemen unserer Reitpeitsche müssen sie zu sehr gewunnt haben.“

„Wann soll der Zweikampf stattfinden?“

„Sobald als möglich, vielleicht schon morgen. Ich muß mir einen Sekundanten suchen, denn Herr Kasimir kann seine Sireneninsel jetzt kaum verlassen. Weiter Hermann wird Rath schaffen.“

Sie begaben sich gemeinschaftlich zu Lieutenant Reiberg, der von der Affäre bereits unterrichtet war. Man hatte, wie Ohrwurm ihm hinterbracht hatte, ihn selbst, den „Demokraten in der Uniform“, bei der Gelegenheit in wenig kameradschaftlicher Weise durchgehehelt.

„Glaub's ihnen schon,“ meinte lächelnd der treuherzig dreieblickende Hermann — „mag ihnen recht fatal sein, einen Kritiker wie mich in ihren Reihen zu wissen.“

„Jedenfalls darfst Du selbst Dich mit der Geschichte nicht befassen,“ versetzte Bruno — „aber irgend einen Bekannten, der es ohne Gefahr thun kann, wirst Du mir vielleicht nachweisen können.“

„Und weshalb nicht ich?“ fragte Hermann mit einem gewissen Erstaunen. „Weshalb soll ein Fremder Dir diesen Dienst leisten?“

wort: Jeder wird behandelt wie er verdient! Hat einer der Journalisten den Herrn Minister in Kiel unter den Fremden an die heimischen Praktiken erinnert? Hat einer der Journalisten einen Laut der Empörung gehabt über diese herablassende Zerknirschtheit, die beleidigender ist als die größte Grabschheit? Das Aushenpudeln dürfte ein paar Tage lang die Prinzeßin spielen, und nun heißt's wieder: an den Herd! Und Ordre pariet, oder auf die Anklagebank!

Ein Friedensfest! Und innerhalb der großen Haupt- und Staatskomödie die kleine Posse der russisch-französischen Allianz — die Posse so ehrlich wie die Komödie und die Komödie so ehrlich wie die Posse. Beide einander werth. Die Franzosen und die Russen — wer lügt da dem anderen das meiste vor? Wer ist der Betrüger? Wer der Betrögene? Allerdings, die Herren Dreibündler haben kein Recht, die Zweibündler auszulachen — die Dreibündler Herrlichkeit, deren glänzender Staatsmann der italienische Bismarck ist: der entlarvte Bigamist, Fälscher, Ordensschacherer etc. und Millionendieb Crispi — darf sich nicht auf hohe Noß setzen gegenüber der Zweibündler-Herrlichkeit, deren Zweck der gemeinsame Taschendiebstahl ist, fünfmalen die siebentaufend Millionen Franzosen, die den leichtgläubigen, durch die Herren Panamisten wie die Aale aus Schindeln gewöhnlichen Franzosen aus der Tasche geholt worden sind, noch nicht genügen für das bankrotte nimmerfatte Russland.

Dreibund — Zweibund: wo ist die Grenzlinie? Wo fängt der eine an und hört der andere auf? Komödie über Komödie! Haben wir nicht zwei Dreibünde? Und steckt nicht im zweiten Dreibund der Zweibund? Und welcher Dreibund ist der richtige? Der europäische oder der asiatische? Der europäische gegen Russland und Frankreich? Oder der asiatische mit Russland und Frankreich? Ein Narr wartet auf Antwort. Und kein Vernünftiger findet sich zurecht in diesem Nebel. Und das nennt sich „hohe Politik“ und das hat soeben das „große Friedensfest“ in Kiel gefeiert.

Recht albern war unzweifelhaft das russisch-französische Intermezzo. Allein das Intermezzo gehörte organisch zum Stück, das sonst nicht vollständig gewesen wäre. Die Franzosen insbesondere haben sich in ein schiefes Licht gebracht. Doch man darf auch nicht vergessen, daß dies in ihrer Stellung seinen Grund hat. Nehmen wir an, Deutschland hätte 1870/71 den Krieg und die Rheinprovinzen verloren, und der gnädige Sieger hätte uns diesen Sommer zu einem Weltfriedensfest eingeladen. Wären wir so heiter hingegangen, als die Sieger? Wird nicht in unseren Volksschulen den Kindern erzählt, wie Jahre nach der Schlacht von Jena der alte Jahn einen Berliner Jungen, auf das Brandenburger Thor deutend, fragte: „Was denkst Du dabei?“ und ihm, als er antwortete: „Nichts!“, eine fürchterliche Ohrfeige gab mit den Worten: „Dort fehlt der Siegeswagen. Die Franzosen haben ihn gestohlen und wir müssen ihn aus Paris zurückholen.“

Das war sehr patriotisch, und wird unseren Kindern als Beweis musterhaftester Gesinnung erzählt. In ähnlicher Stimmung sind aber jetzt viele Franzosen. Und in ähnlicher Stimmung werden viele Franzosen sein, bis die an sich durchaus berechtigte Idee des Patriotismus in der höheren Idee des internationalen Weltbürgerthums aufgegangen ist — das heißt bis zum Siege des Sozialismus.

Leider sind unsere Genossen in Frankreich nicht in der Lage gewesen, als die Entsendung französischer Schiffe nach Kiel in der Kammer zur Debatte kam, den Standpunkt des Sozialismus zu entwickeln. Millerand, der im Namen der Fraktion sprach, gehörte noch vor wenig Jahren der bürgerlichen Demokratie an, und seine Rede bewies, daß er noch stark in alten bürgerlichen Vorurtheilen steckt und sich noch nicht zur klaren Erkenntniß des Sozialismus hindurchgearbeitet hat. Der Fehler ließ sich auf der Rednerbühne nicht gut machen, weil die Debatte rasch geschlossen ward, die sozialistische Presse Frankreichs: „Petite Republique“, „Socialiste“, „Parti Ouvrier“ u. s. w. hat aber einstimmig, zum Theil ausdrücklich die Haltung Millerand's mißbilligend, die sozialistische internationale Auffassung durchaus korrekt vertreten, so daß dieser Mißklang sich in Harmonie aufgelöst hat.

„Es könnte Dir doch in dieser kritischen Zeit von den Herren verdacht werden, daß Du in so nahen Beziehungen zu einem Volksthum stehst. Du weißt, daß dieser Name in gewissen Kreisen einen bösen Klang hat.“

„Ja, wofür hältst Du mich denn, mein Junge?“ versetzte der Offizier in einer gewissen Erregung — „glaubst Du, daß ich mir meine Ansichten und mein Verhalten von Menschen wie dieser Schilddrüse und dieser Pilgram vorschreiben lassen werde? Und glaubst Du, daß es unter uns Offizieren nicht auch Männer giebt, die den Muth ihrer Ueberzeugung besitzen und diese Ueberzeugung höher schätzen, als alle Rücksichten auf Gunst und Karriere?“

„Und diese . . . diese Szenen der letzten Tage?“

„Ich halte sie für das traurigste Blatt in der Geschichte der Armee, der ich angehöre, und ich gäbe mein Herzblut darum, wenn ich dieses Blatt aus dem Buche ihrer Thaten herausreißen dürfte.“

„Verzeih, Vetter Hermann!“ sagte Bruno, die Hand des Lieutenants ergreifend. „Ich hatte Dich für einen bloßen Soldaten gehalten — während Du ein Held bist. Von dem Helben nehme ich an, was ich dem Offizier nicht zugemuthet hätte.“

#### XIV.

Unheimliche Stille herrschte am Freitag, dem 17. März, in den Mauern der alten Spreestadt. Vier lange, schredliche Tage lang hatte ein wild bewegtes, gewaltsam aus seiner Ruhe aufgepeitschtes Menschenmeer das graue Königsschloß umbrandet. Nun schien es auf einmal, als ob der stürmisch wogenden Fluth die Ebbe gefolgt wäre, als ob irgend eine geheimnißvolle Kraft den entseffelten Widerspruch in die verborgenen Tiefen der Volksseele zurückgebannt hätte.

Schon triumphirten diejenigen unter den Reichendern, die zur Anwendung der Prügelmethode gerathen hatten, über den glücklichen Erfolg ihrer Methode und lachten getrost in die Welt hinaus verklärt, daß für Berlin die Sache abgemacht sei. Nur der Sicherheit wegen zogen sie Verstärkungen heran; nach Potsdam und Erfurt, nach Stettin und Frankfurt schickten sie Boten nach neuen Truppen, die so rasch als möglich nach der bedrohten Hauptstadt gesandt werden sollten.

Der stille Freitag, der den vier vorausgegangenen Sturm-

Die deutschen Sozialisten haben von Anfang an im Reichstage und in der Presse die Stellung eingenommen, welche Prinzip und unsere Weltanschauung gebieten. Wir haben im Reichstag gegen die Bewilligung der für die Kieler Feste geforderten Gelder gestimmt, obgleich wir seinerzeit im Interesse der Kultur und des Welthandels für den Bau des Nord-Ostsee-Kanals waren. Wir sind nicht nach Kiel gegangen. Der Verlauf der Dinge hat den dynastisch-militaristischen Charakter des Festes enthält, bei welchem der Reichstag dieselbe demüthige und einer Volksvertretung unwürdige Rolle zu spielen hatte, wie im Dezember vorigen Jahres bei der Einweihung des Reichstagspalastes.

Ja, es war ein schreiender Anachronismus, dieses sogenannte Fest des Friedens und der Völkerverbrüderung, Friede und Völkerverbrüderung sind nur täuschende Phrasen, nur fromme Wünsche, so lange der Kapitalismus die Menschheit in zwei feindliche Heerlager spaltet, und die verschiedenen Völker, in Waffen stehend, einander gegenüberstellt, jeden Augenblick bereit, in brüdermörderischen Kampf sich zu stürzen, und eine Massenschlächterei zu veranstalten, neben der die Kriege der Vergangenheit harmlose Idyllen sind, und die den Reiz eines Amerlan und Tschingiskan erregen würde, denn weit mörderischer, weit barbarischer als die brutale Barbarei der unwürdigen Barbaren ist unsere geschminkte Barbarei, welche die Machtmittel der Zivilisation in ihren Prognostik gepreßt hat.

Bei hier nebenstehlichem wollen wir nicht verweilen; nicht bei den Mängeln der Konstruktion des Nordostsee-Kanals, der, abgesehen davon, daß er noch nicht fertig, entschieden zu klein, ohne Rücksicht auf die Groß-Seeschiffahrt angelegt ist; nicht bei dem indischen Streit um die Urheberchaft des Kanals; dessen Bau die Dynastienpolitik Menschenalter hindurch verhindert hat; nicht bei der dynastischen Umwälzung des Kanals; nicht bei der Großsprechung des Kaisers Wilhelm I. — als ob sich die Weltgeschichte ihr Größenmaß von einem gekrönten Haupt vorschreiben ließe! —; nicht bei den Orgien des Byzantinismus, die von dergleichen Schaustellungen untrennbar; nicht bei der plumpen Selbstberühmung, in welcher der deutsche Chauvinismus sich ergeht — und von allen Chauvinisten des Erdballs leistet in dieser Beziehung der deutsche das höchste; nicht bei den gassenbüchischen Ungezogenheiten des „edelsten“ Hofgesindes; — nicht bei der Schimpfhalbe, die aus der alten Raketenkiste als Salut abgeschossen ward. —

Weg von dieser Misere und den Blick auf die Komende Welt gerichtet, — vorwärts in die Zukunft. Die alten Götter sie gehen. Mögen sie noch so fest sich an die Macht anklammern, mögen sie noch so gewaltige Kraftanstrengungen machen, um sich selbst und die Völker über das nahe Ende zu täuschen — die ewernen Entwicklungs-gesetze lassen ihrer nicht spotten, lassen sich nicht fälschen noch biegen. Die Tage des Kapitalismus, dem die Götter des modernen Olymps ebenjo unterthan sind, wie weiland die Götter des alten Olymp dem Jatum — die Tage des Kapitalismus sind gezählt. Was immer er thut zu seiner Rettung, gereicht ihm zum Verhängniß, und die eisernen Panzerkolosse, die er in Kiel zur Schau gestellt hat, und die nur ein kleiner Theil sind der Eisenrüstung, in die er verzeifend sich gefaßt hat, werden ihn nur um so rascher in die Tiefe hinabziehen helfen. Der junge Siegfried des Sozialismus, der die Kraft des erwachenden Proletariats in seinen Gliedern hat, wird nicht aufgehalten durch Panzerkolosse, nicht durch die anderen Schutz- und Angstmittel, die das Machtthierthum erfinden hat — unentwegt verfolgt er seine Bahn — lächelnd reißt er den Vorhang von der Welt der Lüge, des Widerspruchs, der Heuchelei, des Glends, des Verbrechens, welche sich „beste Weltordnung“ nennt; er deutet er auf die Werke und Thaten des Kapitalismus und seine Diener; auf die Millionen Soldaten und die Panzerflotten, die „das Reich des Friedens“ sind; — auf die Millionen und Millionen fleißiger Menschen, die langsam verhungern müssen, damit einige Tausende, für die das Vergnügen einjige oder Hauptarbeit, im Ueberflus prästen können; auf den „ewigen“ Fasnachtsfrieden der zwei Dreibünde und des Zweibundes. — Und stolz marschirt Jung-Siegfried

tagen folgte, gehörte unbestritten dem tanzen den Bären, der Bourgeoisie. Das Volk im Arbeitsmittel war an diesem Tage, wie in stillschweigender Uebereinstimmung, daheim geblieben. Es fühlte ein lebhaftes Bedürfnis der Sammlung, der Wiederherstellung jenes inneren Gleichgewichts, aus dem es so urplötzlich herausgerissen worden war. Es wollte sich vollkommen klar werden über das Geschehene, bevor es die Folgerungen zog und diesen gemäß sein Thun einrichtete. Das war seine leichtblütige, blinder Leidenschaft gedankenlos nachgebende Menge, mit der es die Begner hier zu thun hatten: es war vielmehr ein erster, bedächtiger Menschenschlag, der mit Ueberlegung, aber auch mit Nachdruck und Ausdauer zu handeln gewohnt war. Ein Tag der Einkehr war dieser stille Freitag für das Volk von Berlin: ein Tag, an dem es die Leidenschaften verrauschen ließ, um mit klaren Sinnen zum Handeln bereit zu sein. Daher jene unheimliche Ruhe, welche die Begner verblüffte und sie zu vorzeitigem Triumphgeschrei verführte.

Nicht alle indessen, die es anging, gaben sich dieser hoffnungsvollen Auffassung der kommenden Dinge hin. Die Prügelmethode war ja ganz angebracht, ohne Zweifel, und sie war sogar, wie man in den Kreisen der Zweifelsenden gern zugab, durchaus nothwendig gewesen. Aber das konnte doch nur für den unbesonnenen Eitel gelten, oder was es sonst war, daß sich da hinten in den weitläufigen Vorstädten unmanierlich redete und seine Gliedmaßen bis ins Zentrum der Stadt vorstreckte.

Etwas anderes dagegen war es mit dem manierlichen, besonnenen Bären. Auch dieser hatte bei dem allgemeinen Stechen und Schießen etwas abbekommen und war darob unruhig und brummig geworden, so daß man fast befürchtete, er würde nicht mehr weiterzuziehen wollen, wenn man ihm nicht wenigstens in etwas seinen Willen that.

Schon verlangte er, statt des weißen Friedensstabes, den man ihm in die Tage gesteckt hatte, ein Schwert und eine Flinte, damit er, wie er sagte, sich gegen den „unbesonnenen Anderen“ seiner Haut wehren könnte.

Wie aber, wenn er diese gefährlichen Dinge nicht gegen jenen Unbesonnenen lehrte, sondern gegen die schmutzigen Soldaten in den bunten Röden? Ein Lanzbär — und Schwert und Flinte! Wolte der Vermessene am Ende selbst ein wenig Soldat spielen? (Fortf. folgt.)

vorwärts, die Millionen des sozialistischen Proletariats führend.

Und vorwärts geh! Immer vorwärts! Vorwärts zum Bunde der Völker, der uns den Frieden bringt und die Freiheit und Gleichheit.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 26. Juni.

Von den christlich-germanischen Fetisch-Anbetern wird behauptet, Bismarck sei der eigentliche Urheber des Nordostsee-Kanals. Das ist eine Unwahrheit. Als zu Anfang der 60er Jahre durch den verdienstvollen brasilianischen Generalkonsul Sturz, in Verbindung mit zwei bekannten Sozialisten, eine Denkschrift für Erbauung des Nordostsee-Kanals verfaßt ward, erklärte Bismarck sich entschieden gegen den Plan. Und da er ganz unter dem Einfluß der russischen Diplomatie war, die den Schlüssel des Sunds (Dänemark glaubte sie in der Tasche zu haben) nicht aus der Hand geben wollte, so ist das sehr begreiflich. Bismarck war auch später noch lange Zeit dem Plan feind, bis er, bei 1878 nach Giers Zeugniß „russischer war als die Russen“ in Streit mit Gortschakoff gerieth und seinen Widerstand fallen ließ. Wenn er ein Verdienst hat, so nur ein Verdienst der Obstruktion im national-russischen Interesse. —

Kaiserliches Kanalamt. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, wonach nach Maßgabe der durch den zweiten Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für 1896/97 gegebenen Anweisung zum 1. Juli eine dem Reichsamte des Innern unmittelbar nachgeordnete Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Kaiserliches Kanalamt“ mit dem Sitz in Kiel errichtet werden soll. —

Die preussische Regierung und die Verpflegungsstationen. Nach dem „Berl. Pol. Nachr.“ lehnte die Staatsregierung den Gesuchentwurf über die Verpflegungsstationen in der von der Kommission beschlossenen Fassung bestimmt ab. Eine dahingehende Erklärung soll beim Beginn der zweiten Berathung abgegeben werden. —

O welche Lust, Soldat zu sein! Wie die „MADBACHER Zeitung“ anlässlich eines neuen Falles von Desertion feststellt, sind von dem am 1. April er. von Köln nach Aachen verlegten 40. Regimente seit diesem Zeitpunkte nicht weniger als neun- und zwanzig Mann desertirt. —

Den Agrariern, den besonders gut geachteten Vorkämpfern für Religion, Ordnung und Sitte sucht man auch mit Mitteln beizujuringen, die nach allgemeiner Annahme die Moralität nicht heben. Hierzu gehört doch nach ziemlich allgemeiner Annahme das Lotteriespiel. Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt nämlich heute:

Der Minister des Innern hat dem Vereine zur Förderung der Hannoverischen Landes-Pferdezucht die Erlaubniß erteilt, eine öffentliche Verloosung von silbernen Gegenständen zu veranstalten und die Loose — 100 000 Stück zu je 1 M. — im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben. —

Marienberg. Wie die „Königliche Volkszeitung“ meldet, ist die Nacht Marienbergs durch die Rheinprovinz auf zwei Jahre beschloßen. Die Jahrespacht beträgt 85 000 M. Die Provinz hat das Recht, das Pachtverhältniß um weitere zwei Jahre zu verlängern. Als Direktor soll Dr. Gottlob, als Assistent Dr. Kuege fungiren. Auf Antrag des Vorsitzenden legte der Provinzial-Ausschuß Verwahrung gegen die Verdächtigungen und Angriffe ein, welche aus Anlaß des Aachener Prozesses gegen den Provinzial-Ausschuß, den Landesdirektor und obere Beamte gerichtet wurden. Die Berichte über die Revision der Anstalt Lindenthal bei Köln und der Alexianeranstalt Krefeld durch den Direktor Dr. Pelmann bez. Dr. Beretti sind bei dem Landesdirektor bereits eingegangen; nach denselben haben die Revisionen durchaus befriedigende Resultate ergeben. Der Landesdirektor hat noch drei Assistentenstellen ausgeschrieben.

Die Verwahrungen und die Konstatirung durchaus befriedigender Resultate werden das Urtheil der öffentlichen Meinung sicherlich nicht im mindesten beeinflussen. —

Die Schnäfferei nach der politischen Gesinnung der Rekruten scheint zu den ständigen Einrichtungen der stehenden Heere zu gehören. Gestern erklärte der österreichisch-ungarische Kriegsminister in der österreichischen Delegation:

Es würden über alle Soldaten, nicht nur über die Sozialdemokraten, bei ihrem Eintritt in das Heer Erkundigungen über ihr Vorleben eingezogen. Er sei fleißig bestrebt, unzüchtlichen Agitationen innerhalb der Armee auf das nachdrücklichste entgegenzuwirken. Selbstverständlich sei, daß solche Agitatoren nicht Unteroffiziere würden. —

Soldatenmißhandlungen in Oesterreich. Bei einem jüngst in der Nähe von Wien in Neuwaldegg stattgefundenen Manöver gab der wegen seiner besonderen „Schnelligkeit“ bekannte Oberleutnant Erner einem Infanteristen seiner Kompagnie den Auftrag, sofort zur Reserve zu laufen und dem bestrehenden Offizier den Befehl zum Sturmangriff zu überbringen. Die Mannschaften aber waren durch das mehrstündige Herumgehen in der glühenden Sonnenhitze total erschöpft, besonders dieser Infanterist, ein noch sehr junger Soldat. Er bat daher den Oberleutnant unter Hinweis auf seine Erschöpfung, einen anderen Mann zur Reserve zu schicken. Diese reglementwidrige Antwort brachte nun den „schnelligsten“ Oberleutnant derart in Wuth, daß er seinen Säbel zog und dem Soldaten fünf Hiebe versetzte. Schwer verwundet, über und über mit Blut bedeckt, brach der Mißhandelte zusammen und wurde ins Garnisonsspital gebracht. Von einer eingeleiteten Untersuchung gegen den „hieblustigen“ Offizier ist noch nichts bekannt geworden.

Dieser Vorkall ist eine Bestätigung unseres oft betonten Standpunktes, daß Militarismus und Soldatenmißhandlungen sich alles eher als ausschließen. —

Ueber die Ermordung Carnot's schreibt ein Pariser Korrespondent der „Bosnischen Zeitung“ recht vernünftig:

Ein Rückblick, den man heute bei kaltem Blute auf das tragische Ereigniß vom 24. Juni 1894 wirft, lehrt übrigens, daß es auf den Gang der politischen Entwicklung Frankreichs keinen Einfluß gehabt hat. Die That des schwächlichen und triebhaft verbrecherischen Caserio hat dem Leben eines wackeren Mannes vorzeitig ein Ende gemacht, und eine hoher Achtung würdige Familie in tiefes Leid geführt, aber sie hat an den Zuständen und Geschehnissen des Landes nichts geändert. Unter dem ersten Eindrucke der blutigen Begebenheit war man vielfach geneigt, ihr eine allgemeine Bedeutung beizumessen. Man wollte in ihr das Anzeichen eines weit verbreiteten, äußerst gefährlichen Zustandes sehen. Man glaubte die herrschende Ordnung, den Bestand des Staates und der Gesellschaft selbst bedroht und schrie in topfloser Angst nach vorzubehenden oder rettenden Maßregeln. Allerdings fehlte es schon damals nicht an Stimmen, die zur Besonnenheit mahnten und vor übertreibenden, vorjahnellen Verallgemeinerungen warnten. Man hörte indess wenig auf sie und wollte nicht einsehen, daß Caserio's Verbrechen die durchaus vereinzelte Handlung eines unseligen Narren war, nicht aber das Ergebnis einer planmäßigen anarchistischen Verschwörung gegen

Die Staatsrichtungen und die Personen, die deren Träger sind. Es wurden einige Gelegenheitsgesetze geschaffen, und hätte man dem Drängen einiger besonders aufgeregter Kleriker nachgegeben, so wären große internationale Vereinbarungen nach Art der Karlsbader Beschlüsse gegen die angebliche anarchische Gefahr getroffen worden. Heute, bloß ein Jahr nach jenen Augenblicken des maßlosen Schreckens, sieht jeder ein, wie unbegründet dieser war. Die Gelegenheitsgesetze sind kaum einmal angewendet worden, an eine Wiederholung des Kongresses von Verona denkt niemand mehr, und die Folge hat gezeigt, daß Caserio's Mordthat wirklich nur ein Einzelverbrechen gewesen ist, daß in der Einrichtung des Verbrechens die ausreichende Ahndung gefunden hat. Kein einziger neuer Anarchistenanschlag hat seitdem die öffentliche Meinung beunruhigt und die Bevölkerung beginnt bereits die Namen Ravachol, Vallant, Henry, Caserio zu vergessen. Im Lande geht alles seinen ruhigen Gang, die Parteien zanken weiter, die Finanzen verschlechtern sich, die Minister kommen und gehen, obschon in etwas langsamem Wechsel als früher, der Sozialismus sucht Boden zu gewinnen, das Bürgertum hält ängstlich die Taschen zu, das Proletariat großt der Republik, die nicht gehalten, was es sich in seiner erlittenen Einbildung von ihr versprochen hatte, und alle diese Erscheinungen wären heute genau ebenso zu beobachten, auch wenn Carnot nicht ermordet worden wäre, sondern als ehemaliger Präsident in der verhältnismäßigen Zurückgezogenheit etwa des Herrn Casimir Perier lebte. Caserio's Verbrechen war eine individuelle Tragödie, kein Ausgangspunkt geschichtlicher Entwicklungen.

Aber von den Herren Reaktionären sollte es dazu ausgenutzt werden. Und das Geschehene nach Umsturzesetzen war auch in Frankreich ein gemachter Spektakel, und zwar von denen gemacht, die das Gespenst des Anarchismus — mit der Andriey'schen Polizeisubvention und anderen Mitteln — absichtlich heraufbeschworen hatten.

Die Kerikalen von Roubaix — so schreibt man uns aus Paris unterm 23. Juni — hatten am vorigen Sonntag gegen das Verbot, Prozeffionen i. e. kirchliche Aufzüge in den Straßen abhalten, eine Manifestation veranstaltet, die aber so glücklich abgelaufen ist, daß sie von der Wiederholung, die für heute beabsichtigt war, abgegangen sind. Die Organisatoren rechneten auf mindestens zwanzig tausend Personen und es beteiligten sich nicht einmal zwanzig Hundert an dieser Manifestation, was aber die Kerikalen Blätter natürlich nicht hindert, die Zahl der Manifestanten auf 6000, ja selbst 8000 und darüber anzugeben. Um nun ihr Fiasco zu demänteln, fallen die Kerikalen Blätter sowohl hier wie auswärts über den sozialistischen Gemeinderath von Roubaix her, gegen den ja eigentlich die ganze Manifestation gerichtet war. Es ärgert die Herren nämlich, daß sie bei den letzten Gemeinderathswahlen aus dem Stadthause verjagt und durch Sozialisten ersetzt worden sind. Sie ergreifen darum, in der Hoffnung, das Stadthaus zurückzuerobern, jede Gelegenheit, um ihn zu irgendwelchen Handlungen zu provozieren, die sie zu ihren Gunsten ausbeuten könnten. Aber alles vergeblich. Der Gemeinderath hat ihnen nicht einmal den Gefallen gethan, die Manifestation zu verbieten. Wäre es auf unseren Freund Carotte, den Bürgermeister von Roubaix, sowie überhaupt auf die Arbeiterpartei angekommen, hätten sie sich mit ihren geistlichen Vötern, wie: „Je suis chrétien, voilà ma gloire“ (Ich bin ein Christ, das ist mein Ruhm), „Sauvez Rome et la France“ (Rettet Rom und Frankreich), „Esprit Saint, descendez en nous“ (Heiliger Geist steige in uns) etc. heifer fingen können. Wenn sie ausgereißer wurden und es dabei selbst — wie allerdings gleich hinzugefügt werden muß — zu höchst unbedeutenden Ausschreitungen kam, so war dies sicherlich nicht die Schuld der Sozialisten, die weit entfernt eine Gegenmanifestation zu arrangieren, sogar durch öffentliche Aufschläge vor einer solchen eindringlich gewarnt hatten. Und da kommt nun die fromme „Germania“ — und dies der einzige Grund warum ich über diese lächerliche Manifestation überhaupt ein Wort verliere — und tischt ihren Lesern in der Nummer vom 20. d. M. die Mähr auf: „Der Anhang des Gemeinderaths wollte nicht zurückbleiben, er veranstaltete eine Gegenkundgebung und führte dadurch Schlägereien herbei.“ Als ob in dieser sozialistischen Stadt par excellence diese Weibedel-Erhebung überhaupt hätte stattfinden und die Manifestanten auch nur einen Schritt hätten gehen können, wenn der Anhang des Gemeinderaths eine Gegenkundgebung hätte veranstalten wollen! Ebenso erfunden — um nicht zu sagen erlogen — ist es, wenn es weiter heißt, daß die Sozialisten einen Artillerieparketen, den sie als einen Seminaristen erkannten, so arg mißhandelten, daß er ins Militärhospital gebracht werden mußte, oder daß sie einigen Priestern das Chorhemd vom Leibe gerissen hätten. Aber da die „Germania“ schon eingangs ihrer Notiz der Wahrheit ins Gesicht schlug, indem sie schreibt, daß der sozialistische Gemeinderath von Roubaix „bekanntlich keine Gelegenheit vorübergehen läßt, die katholischen Religionsübungen zu verhöhnen“, konnte sie natürlich auch im übrigen nicht der Wahrheit die Ehre geben. Wie tendenziös gefärbt oder besser gesagt gefälscht der ganze Bericht der „Germania“ ist, geht übrigens schon aus dem einen hervor, daß sie sagt, daß während die Katholiken ihr „Sauvez Rome“ etc. angestimmt hatten, die Gegner die „Arbeiter-Marschälle“ etc. sangen. Nun existirt aber gar keine französische „Arbeiter-Marschälle“ und hätte somit nur höchstens durch einige jener Wunder gefungen werden können, für die Jähren ungläubigen Korrespondenten absolut jedes Verständnis fehlt. Nun, vielleicht klärt uns die „Germania“ dieses Wunder auf und sagt uns gleich dabei, wie so es kommt, daß dieselben Herren, die am letzten Sonntag gegen den sozialistischen Gemeinderath für ihre „verletzten Rechte“ manifestirten, dies nicht in all der langen Zeit gethan haben, wo der Gemeinderath aus mehr oder minder reaktionären, d. i. ihnen nachstehenden Leuten zusammengesetzt war. U. A. u. g.

Die englische Ministerkrise ist beendet — Lord Salisbury hat aus dem Generalstab der alten Opposition — aus den hervorragenden Führern der Tories und liberalen Unionisten ein Ministerium gebildet, das, wenn sich keine anderweitige Verhandlung mit den Liberalen ergibt, den 10. oder 12. Juli das Unterhaus auflösen wird. Ueber das neue Kabinett wollen wir den Mittheilungen unseres Londoner Korrespondenten nicht vorgreifen. Bemerk sei heute bloß, daß die Kabinettsbildung diesmal weit leichter vor sich ging, als im Jahre 1886, wo Lord Salisbury sein zweites Ministerium (das erste hatte vom 24. Juni 1885 bis 28. Januar 1886 gedauert) am 8. August 1886 bildete. Es erklärt diese größere Leichtigkeit sich aus der inzwischen viel weiter vorgeschrittenen Zerfällung der liberalen Partei. Ob dem neuen Kabinett eine ebenso lange Dauer beschieden ist, wie dem zweiten Kabinett Salisbury, das über 6 Jahre — bis zum 13. August 1892 — im Amt war, darüber wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen. Die Situation ist ihm günstig. Die jährliche Schwäche der Liberalen, von denen nun sogar der alte Gladstone sich abwendet, hat die liberale Sache allgemein in Miskredit gebracht.

In der inneren Politik besteht in England seit langem zwischen Liberalen und Konservativen kein wesentlicher Unterschied — hier ist also an einen Systemwechsel nicht zu denken. Dagegen in der äußeren Politik vertreten die Tories bisher stets kräftigere Grundsätze als die Liberalen, die namentlich mit bezug auf Rußland dem laissez faire, laissez aller huldigen. Unter Lord Salisbury wäre es den Russen nicht eingefallen, Japan vergewaltigen zu wollen. Und in Ostasien wird sich zuerst die Wirkung des englischen Ministerwechsels sichtbar machen. Redet man doch schon von einer „Annäherung“ Englands an Japan und — Deutschland, das dann allerdings

für seinen letzten Geniesreich mit Rußland Frankreich pater peccavi zu sagen hätte.

Erwähnt sei noch, daß man von einer völligen Verschmelzung der Tories und liberalen Unionisten spricht. Es wäre das freilich bloß eine rein formelle Sache.

Aus London wird telegraphirt: In einem Wahlaufrufe Balfour's heißt es, die letzte Regierung hätte, der konstitutionellen Praxis gemäß, der Königin die Auflösung des Parlaments anurathen sollen; die Unionisten würden in diesem Falle der Regierung die Erledigung der notwendigen Geschäfte dieser Session in jeder Weise erleichtert haben. Die bisherige Regierung hätte aber ihre Pflicht auf andere abgewälzt und Salisbury habe die Kabinettsbildung übernommen, um an die Wähler zu appellieren. Der gegenwärtige Augenblick sei nicht geeignet, die Politik auszuändern, welche die unionistische Regierung befolgen würde, falls eine unionistische Majorität in das Parlament zurückkehren sollte.

Crispi hat gesagt — 283 Crispiner haben gestern in der italienischen Kammer erklärt, daß ein Verbrecher ein ehrlicher Mann ist, — und die tugendhafte Tante Voh schlägt Purzelbäume vor Freude, daß ihr laubener Abgott über die „Verschwörung Cavalotti's“ triumphirt hat. Die Tugend siegt ja immer, und in Zukunft werden die Spitzbuben, wenn sie vor Gericht stehen, sich über die „Verschwörung“ der Staatsanwälte beschweren und Anklage erheben. In unseren „Depeschen“ fanden die Leser heute Morgen schon das Zahlenverhältniß. Daß für Cavalotti 115 Männer sich erhoben, daß viel viel sagen in dieser Kammer, zu der die Wahlen von Crispi so sorgsam „korrigirt“ worden sind.

Was nun? „Auf die Dauer geht das nicht“ — das geben selbst Crispi's Anhänger zu. Daß dieser ein Verbrecher ist, der ins Zuchthaus gehört, das weiß jedermann in Italien und der übrigen Welt. Cavalotti hat nicht Anklagen erhoben, er hat Anklagen erwiesen. Gegen die Macht des Beweismaterials ist einfach nicht anzukommen. Und daß ein solcher Mann an der Spitze eines sich zivilisirt nennenden Staates auch nur einen Moment stehen kann, das ist für uns der springende Punkt — denn es zeigt besser als Bände der logischen Argumente es vermöchten, wie saul bis ins Mark unsere moderne bürgerliche Gesellschaft ist. Die ehrlichen Leute in Italien geben den Kampf natürlich nicht auf. Ein neuer Angriff soll, vielleicht schon heute, gemacht werden.

In Norwegen weht schon wieder schärfter Konfliktwind. Im Parlamente wurde von radikaler Seite die Aufnahme einer Staatsanleihe von 12 Millionen Kronen (13/2 Millionen Reichsmark) zu Verteidigungszwecken beantragt. Dieser Antrag richtet sich selbstverständlich gegen Schweden und den König.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ ist nun auch türkisch, offiziös. Sie demantirt die Meldung von der Verschwörung der Schüler auf der türkischen Militärschule zu Konstantinopel. Die Glaubwürdigkeit des Blattes ist in weitesten Kreisen bekannt.

## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 28. Juni 1895, 11 Uhr.

Am Ministerische: Miquel und Kommissarien. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Entwurfs eines Stempelsteuer-Gesetzes. Es liegen zahlreiche Anträge vor, die meisten sind jedoch von rein redaktioneller Bedeutung, nur eine Anzahl von Kompromißanträgen, die sich auf die Gesellschaftsverträge und namentlich auf die Miethsverträge beziehen, enthalten materielle Änderungen; außerdem liegen noch zwei Resolutionen vor bezüglich der auf landesherrlichen Privilegien beruhenden Stempelbefreiungen und bezüglich der Gesetzgebung über die Fideikommiss.

Nach längerer Generaldebatte werden die Positionen 1—23 ohne jegliche Debatte mit einigen unter allen Parteien vereinbarten redaktionellen Änderungen angenommen.

Zur Position 24: Fideikommiss liegt eine Resolution der Abgg. Gamp (H.) und Genossen vor, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf über anderweitige Regelung des Fideikommisswesens vorzulegen.

Es wird infolge Widerspruch von freisinniger Seite beschlossen, die Resolution nach Schluß der Spezialdebatte zu verhandeln.

Bei Position 25 nimmt das Haus nach Ablehnung zahlreicher anderer Anträge das Amendement Kirsh an, nach welchem die Ueberlassung der Rechte an dem Gesellschaftsvermögen seitens eines Gesellschafters oder dessen Erben an einen anderen Gesellschafter, die Gesellschaft oder einen dritten oder die Auflösung eines Gesellschafters bei Auflösung der Gesellschaft mit 1/20 v. H. besteuert werden soll; die Ueberlassung von Sachen oder Rechten, insoweit zu dem Gesellschaftsvermögen unbewegliche, im Inland belegene Sachen gehören, 1 v. H., soweit zu dem Gesellschaftsvermögen unbewegliche, außerhalb des Landes belegene Sachen gehören, 1/50 v. H., insoweit das Gesellschaftsvermögen aus beweglichen Vermögensgegenständen besteht, 1/20 v. H., insoweit das Gesellschaftsvermögen aus Forderungsberechtigten besteht, 1/50 v. H. Stempel tragen soll. Befreit hiervon bleiben 1. Verträge über Ueberlassung von Rechten an dem Gesellschaftsvermögen an Personen, welche von der Erbschaftsteuer befreit sind, 2. die Rückgewähr der von einem Gesellschafter eingebrachten unbeweglichen Sachen an diesen Gesellschafter oder dessen Erben oder Ehefrau.

Die Positionen 26—46 werden ohne Debatte angenommen.

Nach Position 47 wird für Pacht- und Miethsverträge ein Stempel von 1/20 v. H. festgesetzt und zwar für mündliche und schriftliche Miethsverträge, soweit der Miethsvertrag auf das Jahr berechnet die Summe von 300 M. erreicht. Der Stempel pflicht unterliegen nicht die Pacht- und Miethsverträge selbst, sondern die von den Verpächtern und Vermietern alljährlich einzureichenden Pacht- und Miethsverzeichnisse.

Der vorliegende Kompromißantrag will die mündlichen Pacht- und Miethsverträge nicht einem Stempel unterwerfen. Ferner sind Änderungen gegenüber den Beschlüssen der zweiten Lesung in folgenden Punkten vorgeschlagen: 1. Die Steuerbehörden können Verpächter und Vermietter, welche Miethsverzeichnisse nicht eingereicht haben, zur Anzeige darüber anhalten, ob von ihnen während des Jahres Verträge errichtet worden sind; 2. die Behörden sollen berechtigt sein, die Versteuerung der von ihnen für die Verpächter und Vermietter geführten Verzeichnisse selbst zu bewirken; 3. wenn Verträge vor Ablauf der vertragsmäßigen festgesetzten Zeit ihr Ende erreichen (in den Beschlüssen zweiter Lesung ist nur von mehrjährigen Verträgen die Rede), so soll der Stempel nur für die Zeit bis zur Beendigung der Verträge zu entrichten sein; 4. wird vorgeschlagen, daß auch die stillschweigende Verlängerung der Pacht- und Miethsverträge stempelpflichtig sind und endlich 5. sollen auch brieflich abgeschlossene Pacht- und Miethsverträge wie förmliche schriftliche Verträge behandelt werden.

Ohne Debatte wird der Kompromißantrag angenommen. Die Positionen 48—77 werden angenommen.

Damit ist der Tarif erledigt. Es folgt die Spezialberatung des Gesetzentwurfs.

Der Antrag wird gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt und § 5 sowie die meisten übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfs mit einigen Kompromißanträgen der Abg. Gamp und Genossen angenommen.

Nach § 30 sollen außer den Steuerbehörden auch andere Behörden Stempelkonventionen zur Anzeige bringen und zwar sollten nach den Beschlüssen der

zweiten Lesung dazu verpflichtet sein alle unmittelbaren oder mittelbaren Behörden und deren Beamte.

Abg. v. Puttkamer-Oblau (L.) will dazu verpflichtet alle unmittelbaren und diejenigen mittelbaren Behörden und deren Beamte, welchen richterliche oder polizeiliche Befugnisse übertragen sind.

Abg. Stephan-Weuthen (Z.) will die bestehende Bestimmung der Stempelsteuerverordnung vom 19. Juli 1867 in das Gesetz aufnehmen, wonach die Staatsbeamten nur dann zur Anzeige verpflichtet sein sollen, wenn sie richterliche oder polizeiliche Befugnisse haben.

Finanzminister Miquel empfiehlt, wenn eine Änderung beschlossen werden sollte, die Annahme des Antrages v. Puttkamer; vor einmal Staatsbeamter sei, könne auch diese Interessen des Staates wahrnehmen; warum solle ein Gymnasialdirektor nicht einmal eine solche Anzeige machen.

Abg. Schmidt-Barbar (Z.): Es handelt sich nicht bloß um Gymnasialdirektoren, sondern auch z. B. um die Eisenbahnbeamten, die doch dieses Gesetz nicht alle verstehen.

Finanzminister Miquel: Die Eisenbahnbeamten haben polizeiliche Befugnisse, sind also auch nach dem Antrage Stephan zur Anzeige verpflichtet.

Nach kurzer Debatte über § 35 wird auch dieser angenommen und darauf auch das Gesetz im ganzen.

Die Erörterung der Resolution wird einer späteren Sitzung vorbehalten.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Wahlprüfungen; Verpflegungstationen; Eisenbahnlandgesetz.)

## Parteinachrichten.

Auf dem unterfränkischen Parteitag, welcher am letzten Sonntag in Würzburg tagte, hat nach übereinstimmenden Berichten der Genosse Kern sich bitter über die Parteileitung beschwert, weil diese, trotz zweimaligen schriftlichen und einmaligen mündlichen Antrages es ablehnte, die Gelder zur Einrichtung einer eigenen Druckerei für die in Würzburg erscheinende „Volkstribüne“ zu geben. Genosse Kern hat seine Mittheilungen damit begründet, daß die Genossen wissen sollen, was sie in Zeiten der Noth von der Zentralleitung in Berlin zu erwarten haben. Was diese letztere Wendung betrifft, so konstatiren wir hiermit nur, daß die Würzburger Partei-Organ wiederholt aus der Zentralkasse namhafte Unterstühtungen erhalten hat und daß der Angriff des Genossen Kern deshalb sehr deplacirt war. Was aber die verweigerten Gelder für die Neueinrichtung einer Druckerei betrifft, so hat sich die Parteileitung dabei auf den Beschluß des letzten Parteitages in Frankfurt a. M. gestützt, welcher auf Seite 12 des Parteitags-Protokolls nachgesehen werden kann und folgenden Wortlaut hat: „Der Parteitag wolle beschließen, da die Reaktion immer fähiger austritt und die Entstehung eines neuen Ausnahmengesetzes mehr als je wahrscheinlich ist, hat die Neugründung von sogenannten Parteigesellschaften (Buchdruckereien, Buchhandlungen u. s. w.) zu unterbleiben.“ Dieser Antrag ist, wie das Protokoll auf Seite 84 konstatirt, mit „großer Majorität“ angenommen worden. Wenn nun trotzdem die Würzburger Genossen glauben, mit der Gründung einer Druckerei vorgehen zu müssen, so ist das ihre Sache; mit welchem Rechte sie aber der Parteileitung einen Vorwurf daraus machen wollen, daß diese an den Parteitage beschließen, so weit es irgend angeht, festhält, das ist unverständlich.

Parteigenossen im Waffentrod. Zu diesem Thema bringt die „Münchener Post“ eine beherzigenswerthe Mahnung, der wir nur die weiteste Verbreitung wünschen können. Sie schreibt: Schon Dutzend Mal hat die sozialdemokratische Presse die Parteigenossen im Waffentrod zur Besonnenheit ermahnt, wie sie ja stets darauf hinweist, daß diese sich durch nichts provoziren lassen und nichts unternehmen mögen, was mit den militärischen Vorschriften im Widerspruch steht. Speziell wurden sie schon oft aufmerksam gemacht, in der Kaserne eine agitatorische Thätigkeit nicht zu entfalten, weil die Strafen für die einer politischen Thätigkeit überwiesenen Militärpersonen unverhältnismäßig streng sind und die eigentliche Agitation für unsere Partei in den Kasernen wie im bürgerlichen Leben ja doch — wenn auch unheimlich — von oben betrieben wird. Wie richtig dieser von der sozialdemokratischen Presse vertretene Standpunkt ist, geht wieder zur Evidenz aus dem hervor, was sich beim hiesigen Aufbegehren dieser Tage abgespielt hat. Ein zum bezeichneten Regiment eingezogener Landwehrmann, vielleicht ein Abonnet der „Münchener Post“, las wahrscheinlich bei einem Ausgang in die Stadt den Artikel: „Aus dem Tagebuch eines Landwehrmanns“ in Nr. 134 unseres Blattes. Der Mann diente bei der Kompagnie, von welcher im Artikel die Rede war, interessirte sich natürlich für denselben und nahm ein Blatt mit in die Kaserne. Dort gab er den Artikel einigen Kameraden zu lesen, wurde beobachtet und erbielt für sein Vergehen, ein sozialdemokratisches Blatt in die Kaserne gebracht und dieses zum Lesen weiter gegeben zu haben, 10 Tage Mittelarrest. Dies mag den Parteigenossen im Waffentrod neuerdings zur Mahnung dienen, auch in kleinen Dingen vorsichtig zu sein, da in dieser Hinsicht der leiseste Fehltritt, wie Figura zeigt, ganz „fürchterlich“ gerochen“ wird.

Von der Agitation. In dem badischen Dorfe Bülkersbach bei Ettlingen war zu vorigen Sonntag nachmittags 4 Uhr eine Volksversammlung angesetzt, wo der Parteigenosse Kalnbach aus Karlsruhe über das Thema sprechen sollte: „Die Lage der Landwirtschaft und die Sozialdemokratie.“ Als der Pfarrer davon Wind bekam, gab er den Bauern die kirchliche Erlaubniß zum Einholen des Heus. Folglich war alles auf dem Felde, als die Versammlung beginnen sollte. Aber Sozialdemokraten sind nicht so leicht aus dem Konzept zu bringen. Unsere Parteigenossen warteten bis zum Abend, wo die Bauern nach gethener Arbeit sich doch noch zur Versammlung einfanden und um so verständnisvoller den Worten der „Sozi“ lauschten.

Aus dem Reichstags-Wahlkreis Waldeck. In den Orten Pyrmont, Holzhausen und Baarfen sind schon von allen in Frage kommenden Parteien Versammlungen abgehalten worden. Die „Schönsten“ waren, wie uns ein Spötter schreibt, die des Herrn Bötcher und die des Herrn Engelke, die polizeilich aufgelöst wurden. Am 23. Juni sprach unser Genosse, Reichstags-Abgeordneter Schumacher aus Solingen in Pyrmont, am 24. Juni in Holzhausen, und zwar unter dem größten Beifall. Sein taktvolles Auftreten wird selbst von den Gegnern anerkannt, wenn auch das Socialblatt Pyrmonts natürlich nichts davon erwähnt.

Partei-Presse. In Thüringen, wo infolge der Kränkung der Bevölkerung schon die bestehenden Organe unserer Partei genug zu thun haben, um sich über Wasser zu halten, soll nun auch noch in R u t a d t a. O. am 1. Juli ein Kopfbblatt unter dem Titel „Neufähriger Volksblatt“ herausgegeben werden. Die Thüringer „Tribüne“, zu deren Bereich jener Ort gehört, urtheilt über das Projekt folgendermaßen: „Der trotz der Verfolgungen, unter denen die sozialdemokratische Presse suchbar zu leiden hat, zu solchen leichtsinnigen Blättergründungen seine Zustimmung giebt, handelt gegen das Interesse unserer Partei. Wir sollten meinen, wir hätten der warnenden Beispiele genug.“

Die Gründung des neuen Blattes würde sonach zweifellos gegen den bekannten Beschluß des Kölner Parteitages verstoßen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß auf Zuwendungen aus der Parteikasse weder jetzt noch später gerechnet werden könnte. Mög. a daß die Parteigenossen in R u t a d t a. O. beherzigen, indem sie anstatt ein neues aussichtslos Projekt zu wagen, lieber ihre ganze Kraft darauf verwenden, neue Abonnenten für die

„Thüringer Tribune“ zu gewinnen und diese durch gute Berichterstattung in den Stand zu setzen, auch die lokalen Interessen Neustadts ausreichend zu vertreten.

**Aus Oesterreich.** Das leitende Organ der katholisch-Feudalen Oesterreichs, das „Waterland“, von dem behauptet worden war, es werde wegen ungünstiger finanzieller Verhältnisse eingehen, befreit das und erklärt dabei, die jungen Gelehrten und Schriftsteller ständen auf dem Boden der Marx'schen Lehre und es sei deshalb nicht gleichgültig, ob gegenüber der radikalen Interpretation destruktiver wirtschaftlicher und sozialpolitischer Theorien die konservative Auffassung der Sozialpolitik in Wien publikistisch vertreten ist oder nicht.

Dieses Beständnis ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß der Sozialismus auch unter den „Kopfarbeitern“ gute Fortschritte macht. Die Parteigenossen Brunn in Mähren hatten gegen das Ergebnis der Delegiertenwahlen zur Generalversammlung der Bezirk-Krankenkasse Protest erhoben. Die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sind so haarsträubender Natur gewesen, daß die Behörde nicht umhin konnte, dem Protest wenigstens teilweise Folge zu geben. Sie hat jetzt fast ein Drittel sämtlicher Mandate, im ganzen 31, für ungültig erklärt. Bei der Neuwahl werden voraussichtlich die Kandidaten unserer Partei siegen.

**Aus Australien.** Am Sonntag, den 5. Mai, hat in Melbourne (Australien) eine große Maidemonstration stattgefunden. 10 000 Personen demonstrieren für den Achtsundentag und die übrigen Forderungen der Sozialdemokratie. Außer drei Parlamentsmitgliedern traten in gäudenden Reden für diese Forderungen 17 Redner und eine Rednerin ein.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Verleumdung der Offiziere und Unteroffiziere der preussischen Armee war der Reichstagsabgeordnete Herbert als Redakteur des Stettiner „Vollboten“ zu 6 Wochen und wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die von Herbert gegen das Urteil eingelegte Revision hatte den Erfolg, daß dieses in Beziehung auf die Majestätsbeleidigung aufgehoben wurde. Das Urteil wegen Verleumdung der preussischen Offiziere und Unteroffiziere wurde dagegen vom Reichsgericht bestätigt.

Das Landgericht in Frankfurt a. M. hatte den Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Schmidt als Redakteur der „Vollstimme“ wegen Verleumdung von Polizeibeamten zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Seine dagegen eingelegte Revision ist jetzt vom Reichsgericht verworfen worden.

Wegen „öffentlicher“ Verbreitung des Dortmund-Flugblatts hatte der Parteigenosse Päßfeld und ein anderer, dessen Name nicht genannt ist, ein Strafmandat über je 15 M. erhalten. Das Schöffengericht in Hörde, dessen Entscheidung angezweifelt wurde, erkannte in Beziehung auf Päßfeld ebenso und legte ihm die Kosten des Verfahrens auf. Der andere Parteigenosse wurde freigesprochen. Die Verurteilung Päßfeld's erfolgte, weil er ein Exemplar des Flugblatts einem Schlosser übergab, der vor seinem Hause in dem umzäunten Garten saß. Der Staatsanwalt hatte den Garten für einen öffentlichen Ort erklärt. Da Päßfeld Berufung einlegt, wird sich noch das Landgericht mit dieser Doktorfrage zu beschäftigen haben.

Sächsisches. In Döberitz hatte der Bürgermeister Schöne die Abhaltung einer Versammlung im Freien ohne Angabe von Gründen verboten. Als der Einberufer die Gründe wissen wollte, erhielt er von dem Bürgermeister zur Antwort, die Polizei brauche überhaupt keine Gründe anzugeben; wenn ihm das nicht gefalle, solle er sich nur bei der Kreisbauhauptmannschaft beschweren. Dabei sind nach der Verfassung Sachsen die Behörden zur Angabe von Gründen für ihre abweisenden Verfügungen ausdrücklich verpflichtet. — In Hainichen hat der Bürgermeister Friedel veräußert, daß auch die Sitzungen des Gesamtvorstandes des Arbeiter-Bildungsvereins 24 Stunden vor ihrer Abhaltung der Polizei anzumelden sind. Grund: Die Vorstandsbeschlüsse würden von den Vereins-Versammlungen meist ohne weiteres genehmigt, danach scheint der Schwerpunkt des Vereinslebens in den Sitzungen des Gesamtvorstandes zu liegen. Nach dem sächsischen Vereinsgesetz „Juwel“ ist, wie man sieht, so ziemlich alles möglich.

Wegen „Tragens republikanischer Abzeichen“ hatte das Leipziger Schöffengericht die Parteigenossen Friedrich Heinze aus Bollmarshof und Karl Friedrich Werner aus Stötteritz auf Grund einer Verordnung von Anno 1849 zu je 9 M. Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht hat jetzt dies Urteil bestätigt. Heinze's und Werner's Vergehen bestand darin, daß sie bei dem Begräbnis eines Parteigenossen namens der Sozialdemokratie je einen Kranz mit weißer Schleife, aber rother Aufschrift dem Sarge vorangetragen hatten! Schon das ist in Sachsen „republikanisch“.

Ungarische Despotenwirtschaft. Um die Verwaltung der Bezirks-Krankenkasse in Esseg den Händen der Sozialdemokratie zu entreißen, hat der Stadthauptmann Raval die Parteigenossen Franz Zeierling, Marti, Elmayer und Anton Schmidt, sämtlich Familienväter, ausgewiesen. In den Kreisen der ungarischen Nachbarn wird man diesen Schurkenstreich zu schätzen wissen.

## Soziale Ueberlicht.

Der Fabrikinspektor für Neuh. J. L., Landbauinspektor Gule in Greiz, hat folgende Bekanntmachung veröffentlicht: Die in den letzten Tagen vorgenommene Fabrikrevisionen veranlassen mich zu den nachstehenden allgemeinen Anordnungen, da ich nicht in der Lage bin, in jeder einzelnen gewerblichen Anlage diejenigen Maßregeln rechtzeitig anzunehmen, welche den Einfluß der Hitze mildern sollen: 1. Alle Lichtöffnungen, namentlich Oberlichter, die während eines größeren Tageshelles den Sonnenstrahlen ausgesetzt sind, sollen durch Vorhänge so geschützt werden, daß die Lüftung nicht beeinträchtigt wird; 2. während der Arbeitspausen und vor Beginn der Arbeit sind die Räume ausgiebig zu lüften und durch Besprengungen der Fußböden mit Wasser zu kühlen; 3. Dampfrohre, welche durch Garderoben, Arbeitsräume oder Sture führen, müssen abgeperlt werden; 4. Trink- und Waschwasser ist reichlich in Vereisfahlg zu halten; 5. Abtritte sind zu desinfizieren; 6. für besondere heiße Räume der Appreturanstalten und dergl. Anlagen sind besondere Anordnungen getroffen worden.

Kost ungläublich scheint die Mitteilung des Zeiger „Vollboten“, daß dort die in den Selterbrücker-Buden des Unternehmers Broich angestellten Verkäufer für eine Arbeitszeit von morgens 5 bis nachts 11 Uhr, also für eine siebzehnstündige Arbeitszeit, 2 M. Gehalt bekämen. Das wären also pro Stunde noch nicht 12 Pf. für ein Mensch eine solche Ausnutzung des anderen vor sich selbst rechtfertigen kann, vermag jedenfalls nur ein Unternehmer zu begreifen.

Arbeitszettel. Das Düsseldorf'sche Gewerbegericht hat vor etwa einem Jahre wegen vielfach herrschender Unklarheit über die Gewerbe-Ordnung Arbeitszettel für alle Betriebe mit weniger als 20 Arbeitern eingeführt. Die „Kölnische Zeitung“ lobt diese Einrichtung und wünscht, daß sie obligatorisch gemacht werde. Der Enthusiasmus dieser abgebrühten Kapitalistenverteidigerin machte uns gegen die Einrichtung etwas mißtrauisch. Nach einem Formular, das vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Frankfurt a. M. auf Grund des Düsseldorf'schen Beispiels ausgearbeitet worden ist, scheint die Sache aber doch von allgemeinem Nutzen zu sein. Das Frankfurter Formular hat folgenden Inhalt:

**Arbeitsbedingungen.**

des . . . . . Arbeitgebers.

1. Arbeitsantritt: Der Arbeitsantritt erfolgt	am . . . . .
	wöchentlich . . . . .
2. Lohn: Der Lohn beträgt	täglich . . . . .
	täglich . . . . .
	stündlich . . . . .
Bei Wochenlohn werden die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage	nicht mit bezahlt. Wenn Sonntagsarbeit stattfindet, gilt diese als im Wochenlohn mit
nicht mit	enthalten. Bei Tag- und Stundenlohn wird die Sonntagsarbeit besonders bezahlt und zwar bei Tageslohn stets mit dem vollen Tagelohn, bei Stundenlohn mit . . . . .
	acht* . . . . .
	Der Lohn wird bezahlt alle vierzehn Tage am . . . . .
	Erreicht das Arbeitsverhältnis aus irgend einem Grunde vor dem Zahltag sein Ende, so ist der rückständige Lohn am nächsten Zahltag zu zahlen.
3. Kündigung: Gegenzeitige Kündigung findet nicht statt* . . . . .	Es findet gegenseitige Kündigung von . . . . .
	Wochen* . . . . . an jedem Tage* . . . . .
	Tagen . . . . . statt. Die Kündigung kann nur am Zahltag Wochen* . . . . .
	erfolgen. Während der ersten . . . . . Tage kann jeder Theil jeden Tag von Verträge zurücktreten.
4. Entlassungs- und Verfassungsründe: Die Gründe, aus denen der Arbeitgeber den Arbeiter bei bestehender Kündigungsfrist sofort entlassen und der Arbeiter die Arbeit sofort verlassen kann, sind die gesetzlichen (§§ 123, 124 Gew.-Ord.) . . . . .	
5. Besondere Bestimmungen: . . . . .	
	Frankfurt a. M., den . . . . . 189 . . . . .
	Gelesen . . . . .
	. . . . . Arbeiter.

\* Das nicht zutreffende ist zu durchstreichen.

Diese Formulare sollen durch das Gewerbegericht in entsprechender Menge hergestellt und das Stück zu einem Pfennig an die Unternehmer abgegeben werden. Der Arbeiter soll bei seiner Einstellung einen solchen entsprechend ausgefüllten Arbeitszettel zur Unterchrift vorgelegt und ein zweites gleichlautendes Exemplar eingehändig bekommen, das er aufzubewahren hat.

Das Solinger Gewerbegericht hat sich gegen die Einführung solcher Zettel erklärt. Die sozialdemokratische Frankfurter „Vollstimme“ findet jedoch an dem Arbeitszettel nichts Bedenkliches, vorausgesetzt, daß die Bedingungen möglichst klar und einfach gefaßt sind und daß der Arbeiter sie genau durchliest, bevor er sie unterschreibt. Weiter sagt unser Bruderorgan: „Es ist daher auch vor allem geboten, schon das Formular so klar und einfach als möglich zu gestalten; und mühte darauf hin der vorliegende Entwurf geprüft werden. Eine auf fallende Unklarheit finden wir da bei der Lohnbestimmung betreffs der Sonntagsarbeit. Nach dem Formular scheint vorausgesetzt, daß Sonntags stets nur einen halben Tag lang gearbeitet wird. Denn sonst hätte hier der wohlweise Vermerk „mit dem vollen Tagelohn“ seinen rechten Sinn. Es kommt aber doch, namentlich bei Saisonarbeiten, vor, daß an einigen Sonntagen am ganzen Tag gearbeitet wird; da wäre doch ein erhöhter Lohn wohlweise vorzumerken, sonst könnte sich vielleicht gar ein schlauer Unternehmer verheißeln, dem Arbeiter zumuthen, den ganzen Sonntag für den halben Lohn zu arbeiten. Freilich ist da eine Norm für den gebührenden Sonntagslohn schwer zu finden; denn zu dem einzig richtigen, der doppelten Zahlung, werden sich nur wenige Unternehmer bereit finden. Es ist daher vielleicht besser, anstatt der ganzen oben formulierten Sonntagslohnbestimmung etwa zu sagen: „Die Bezahlungswweise der gesetzlich zulässigen Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist unter den besonderen Bestimmungen anzugeben“; damit nicht etwa vergessen würde, genauer darüber zu bestimmen, falls es in der Formulierung nicht gut gefaßt werden kann. Im allgemeinen aber scheint der Entwurf keiner bedeutenden Aenderung bedürftig zu sein.“

Es ist jedenfalls wünschenswert, daß sich auch die Gewerkschaften über die Einrichtung äußern.

## Gewerkschaftliches.

Aus geht folgende Aufschrift zu: Die Agitations-Kommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter hat in der Nr. 145 des „Vorwärts“ die Behauptung aufgestellt, ich hätte wiederholtlich mein gegebenes Wort, den Arbeitsnachweis der Brauer und Hilfsarbeiter zu benutzen, gebrochen. Dies ist keineswegs der Fall. Der Sachverhalt ist folgender: Vor ca. 8 Wochen wurde mein Bierfieder zur militärischen Übung eingezogen und mußte an dessen Stelle zur Anbahnung ein sogen. Bize treten. Ich sandte deshalb nach obigen Arbeitsnachweis und erhielt dort das Versprechen, daß am nächsten Morgen bis 8 Uhr mir jemand zugesandt werden würde. Ich wartete vergeblich bis nachmittags 1/2 3 Uhr, indessen kam niemand, weswegen ich nach einem in der Nähe wohnenden Brauer sandte und diesen einstellte. Nachdem dieser Arbeiter eingetreten war, trat etwa eine Stunde später ein Brauer vom obigen Nachweis ein, dessen Einstellung ich nun selbstverständlich ablehnen mußte. Der Aufforderung der Kommission, den erst Eingestellten wieder zu entlassen, konnte ich nicht nachkommen, da kein Grund vorlag, und das Verschulden nicht auf meiner Seite, sondern wie ersichtlich auf Seiten des Arbeitsnachweises lag. Dieses der wahre Sachverhalt. Hochachtungsvoll G. Lehmann.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stahlfabrik von Louis Boronow in Breslau legten am 24. Juni wegen Verletzung ihres Vertrauensmannes die Arbeit nieder. Zugang ist ferngehalten.

In Neuwelt streiken, wie der Chemnitzer „Beobachter“ meldet, seit 30. Juni die Klempner etc. des Emailirwerkes von August Reinwardt. Ursache des Ausstandes ist folgendes. Bisher betrug der Lohn wöchentlich 12 M., wovon 10 Pct. abgezogen wurden; es blieben also nur noch 10,80 M. Jetzt sollte noch bei allen Sorten ein Abzug von 1-4 Pf. gemacht werden. Unter solchen Umständen waren es die Arbeiter müde, noch weiter zu kämpfen. Sie ersuchen nun die auswärtigen Berufsgenossen, Neuwelt strengstens zu meiden.

In Nürnberg streiken die Tischler der Cyber'schen Fabrik, weil die Verlängerung des Arbeitstages um eine halbe Stunde verweigert worden ist. Es wird deshalb um Vermeidung des Zugangs ersucht.

Der Schreinerstreik in Konstanz ist nach sechs-wöchentlicher Dauer durch einen Vergleich beendet worden. Die Unternehmer bewilligten 10 1/2 stündige, Sonnabends 10 stündige Arbeitszeit.

In Wien hat der Pelswaarenfabrikant Georg Szuchanek, dessen Arbeiter gekündigt hatten, deren sämtliche Forderungen bewilligt: anständige Behandlung, Erhöhung des Arbeiterinnen-

lohnes, Entlassung eines mißliebigen Werkführers. — Im Wiener Emailwerk (III, Kalumofelgasse) haben alle Metalldrücker, Spengler, Schlosser, Schleifer und Formier die Arbeit eingestellt, weil die Firma einen neu engagierten Metalldrücker nicht entlassen wollte, der an seinem früheren Arbeitsplatz den Denunzianten gespielt hatte.

Die Wäcker Budapeßts beschloßen in einer Versammlung die Fortsetzung des Streiks, da viele Meister die bekannten Forderungen immer noch nicht bewilligt haben, trotzdem sie zum theil die Bewilligung beschlossen hatten.

Die erste Arbeiterinnen-Versammlung in Budapest wurde dieser Tage bei befriedigendem Besuche abgehalten.

Der Vergarbeiterstreik in Reschitz dauert fort. Nach der „Nepzava“, die einen Aufruf zur Unterstützung erläßt, beträgt die Zahl der Ausständigen 1600. Die Gendarmerie, die zahlreich im Streikgebiete herumschwärmt und sich wegen der Anwesenheit von Militär sicher weiß, tritt gegen die Arbeiter, ja sogar gegen deren Weiber und Kinder mit fast beispielloser Brutalität auf. Trotz allem stehen die Streikenden unerschüttert, und ein siegreicher Ausgang des Kampfes ist wahrscheinlich, wenn die auswärtige Arbeiterchaft finanzielle Hilfe leistet. Sendungen sind zu richten an die Verlagsbuchhandlung der „Nepzava“, Budapest VII., Wesselenyi-Gasse 19b. Bemerk sei noch, daß Unternehmerin der Gruben eine französische Gesellschaft ist.

Der Posamenterstreik in Basel und Umgegend ist noch im Zunehmen begriffen. Da so ziemlich sämtliche Arbeiter fernern, wird erwartet, daß die Fabrikanten bald nachgeben. Eine von gut 2500 Personen besuchte Seidenarbeiter-Versammlung nahm eine Resolution an, worin die Hausbesitzer ersucht werden, falls der Streik längere Zeit dauern sollte, mit den bei ihnen zur Miete wohnenden fernenden Posamentern Rücksicht zu haben.

## Gerichts-Beitrag.

Zur Frage des gerichtlichen Zustellungsversuchs schreibt die „Berl. Corr.“: Berliner Zeitungen haben in den letzten Tagen mehrfach Nachrichten über Aenderungen auf dem Gebiete des gerichtlichen Zustellungsversuchs bei den hiesigen Gerichten gebracht. Hierzu scheint eine in jenen Artikeln unrichtig wiedergegebene Verwaltungsmaßregel von verhältnismäßig unbedeutender Bedeutung den Anlaß gegeben zu haben. Die nicht im Parteiantrage, sondern auf Anordnung einer Justizbehörde („von Amts wegen“) zu bewirkenden Zustellungen erfolgen in Berlin sämtlich durch die Post. Die Uebergabe des Schriftstückes an die Post muß von einem Gerichtsvollzieher bewirkt und in bestimmten Formen beurkundet werden. Während nun in anderen großen Städten diese Geschäfte den hiesigen zur Hilfsgerichtsvollziehern bestellten Gerichtsdienern als Theil ihrer Dienstgeschäfte ohne besondere Vergütung übertragen sind, wurden bei dem Landgericht I und dem Amtsgericht I in Berlin bisher jene Zustellungen von den ordentlichen Gerichtsvollziehern besorgt, die dafür eine Pauschalvergütung in einem erheblichen Gesamtbeitrage bezogen. Diese Einrichtung hatte wesentliche Mängel im Gefolge. Die Briefe wurden von den Gerichtsvollziehern aus dem Geschäftshause in der Neuen Friedrichstraße abgeholt, in ihren Büros zur Absendung vorbereitet und dann einer Postanstalt übergeben. Der Geschäftsgang gestaltete sich aber erheblich einfacher und kürzer, wenn die Schriftstücke unmittelbar aus den Gerichtsschreibereien an die in den Dienstgebäuden in der Neuen Friedrichstraße und in Alt-Moabit eingerichteten Postämter gelangen. Dies wird jetzt dadurch erreicht, daß auch in Berlin Gerichtsdienern mit den fraglichen Geschäften beauftragt werden und dazu das Dienerepersonal entsprechend verstärkt wird. Neben einer um zwei bis drei Tage rascheren Geschäftsabhandlung wird hierdurch auch eine Ersparnis von über 10 000 M. erzielt. Die Einnahmeverhältnisse sämtlicher Berliner Gerichtsvollzieher sind derartig, daß aus ihnen gegen die Verminderung ihrer Geschäfte Bedenken nicht hergeleitet sind. Da für die fraglichen Zustellungen den Parteien Gebühren nicht in Rechnung gestellt werden dürfen, so ist es unrichtig, wenn von Vereinnahmung solcher Gebühren für die Staatskasse geredet worden ist. Bezüglich der Zustellungen, für welche Gebühren erhoben werden, ist an dem bisherigen Verfahren nichts geändert.

Auch eine Uebertretung des Pressgesetzes. Vor dem Schöffengericht in Charlottenburg fand am 25. d. M. Verhandlung gegen den Genossen Otto Goerke statt, der „hinreichend verdächtig erschien“ im Monat April d. J. eine Druckschrift ohne die Bezeichnung des Verlegers und Druckers herauszugeben zu haben. Auf eine Denunziation hin wurde vom Berliner Polizei-Präsidium Hausdurchsuchungen bei den Genossen Klid und Goerke verfügt, wo auch mehrere Exemplare besagter Schrift gefunden wurden; da man jetzt auf der „richtigen Fährte“ zu sein glaubte, es aber der Staatsanwaltschaft zur Erhebung einer Anklage an der unbedingt dazu erforderlichen Person des Verbreiters fehlte, so mußte eben Genosse Goerke, obgleich er zur Zeit der Hausdurchsuchung eine Gefängnisstrafe verbüßte, der Uebertreter sein. Von den als Zeugen vernommenen Kriminalbeamten bekundeten zwei derselben unter ihrem Eide, daß Genosse Klid die fragliche Schrift in Berlin verbreitet, und daß dieser bei der Hausdurchsuchung sich auf den Genossen Goerke, „der ja Buchdrucker sei“ berufen habe. Trotzdem konnte der Gerichtshof nicht die Ueberezeugung von der Schuld Goerke's erlangen, und sprach denselben nach längerer Verathung frei, obgleich der Staatsanwalt nach der „festen, bestimmten Aussage“ der beiden Beamten die Schuld des Angeklagten „außer allem Zweifel“ gestellt wissen wollte und demgemäß eine Geldstrafe von 30 M. event. 10 Tagen Gefängnis beantragt hatte.

Eine außerordentliche Nothheit führte den Wäcker Friedrich Karl Dreitschuh auf die Anklagebank. Am 26. November v. J. gerieth der Angeklagte aus geringfügiger Ursache mit seinem Arbeitsgenossen, den Wäcker Julius Bach in einen Wortwechsel. Hierbei schlich er sich mit einem Bierglas hinter den Bach heran und versetzte dem letzteren mit dem Glase einen solchen heftigen Schlag gegen die linke Schläfe, daß das Glas zerbrach und einige Scheiben tief in den Kopf eindrangen. Bach mußte infolge der schweren Verletzung 3 Wochen im Krankenhause zubringen. Der bereits mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraute Angeklagte wurde für seine Nothheit zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt und in Haft genommen.

## Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Paris, 26. Juni. In dem heute der Kammer vorgelegten Exposé über das handelspolitische Abkommen mit der Schweiz wird erklärt, der bisherige Zustand sei Frankreich nachtheiliger gewesen, als der Schweiz. Nach dem Exposé bedeuten die von Seiten Frankreichs zu machenden Zugeständnisse eine jährliche Zollminderung von 800 000 Franks für Schweizer Erzeugnisse, während die schweizerischen Zugeständnisse den französischen Waaren eine Zollermäßigung von 14 Millionen Franks verschaffen.

London, 26. Juni. In seinem Wahlmanifest sagt Chamberlain, die Führer der Unionisten seien vollkommen einig, die ausschweifenden Pläne von Verfassungsänderung und der zerstörenden Gesetzgebung der letzten beiden Regierungen bei Seite zu legen und die Hauptaufmerksamkeit einer Politik aufbauender Sozialreform zuzuwenden, gleichzeitig die Wirksamkeit der Verteidigungsmittel des Reiches besonders zu beachten.

## Tokales.

**Charlottenburg.** Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Vertrieb der gesammten Partei-Literatur in eigene Regie übernommen ist; wir ersuchen daher die Genossen, dahin wirken zu wollen, daß Bestellungen auf den „Vorwärts“, „Volksblatt f. L. B.“ sowie „Jakob“ und Broschüren für den Monat Juli bis zum 30. d. M. bei unserem Partei-Spediteur Gust. Scharnberg, Wilmersdorferstr. 124, Hof III, zu erfolgen haben. Alle übrigen Expeditionen haben einen privaten Charakter und gehen uns infolge dessen nichts an. — Gleichzeitig ersuchen wir alle diejenigen, welche noch mit der Bezahlung von Abonnements und Broschüren etc. von früher im Rückstande sind, ihren Verpflichtungen baldmöglichst nachzukommen. Da bei der Übernahme der Expedition sämtliche Außenstände mit in Rechnung gebracht sind, versteht es sich von selbst, daß Zahlungen obiger Art nur an den Genossen Gust. Scharnberg oder an die mit den Quittungen versehenen Botenfrauen zu leisten sind. Die Vertrauensleute.

**Gegen den preussischen Gewissenszwang** will der Magistrat zu Felde rücken. In bürgerlichen Blättern lesen wir: Bis zum Juni 1893 sind die die hiesigen Gemeindefschulen besuchenden Kinder solcher Personen, welche nach dem Gesetze vom 14. Mai 1873 aus der Landeskirche ausgetreten sind, insbesondere also die Kinder von Dissidenten, auf Antrag der Eltern von der Teilnahme an dem Religionsunterricht der Gemeindefschulen befreit worden. Durch Verfügung vom 8. Juni 1893 hat das Provinzial-Schulkollegium der Berliner städtischen Schuldeputation einen Erlaß des früheren Unterrichtsministers v. Jellik mitgeteilt, wonach entgegen dem früheren Gebrauch der Vater eines schulpflichtigen Kindes selbst dann, wenn er für seine Person einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft nicht angehört, doch verpflichtet sein soll, das Kind an dem Religionsunterricht in der öffentlichen Volksschule teilnehmen zu lassen, wenn er nicht den Nachweis bringt, daß für den religiösen Unterricht des Kindes anderweit nach behördlichem Ermessen in ausreichender Weise gesorgt ist. Die städtische Schuldeputation ist seitdem genötigt, da das königl. Provinzial-Schulkollegium den von den Jugendlehrern der Berliner Dissidentengemeinden beabsichtigten Religionsunterricht nicht gestattet, die hiesigen Dissidenten durch Strafen dazu zu zwingen, daß sie ihre die Gemeindefschule besuchenden Kinder an dem Religionsunterricht dort teilnehmen lassen. Es sind dadurch Verhältnisse entstanden, die nicht nur von den beteiligten Personen, sondern auch von weiteren Kreisen schwer als Mißstand empfunden werden. Wie nun der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung auf ihren Beschluß vom 27. September v. J. mittheilt, ist er wegen Befreiung des neuen Verfahrens bei dem Unterrichtsminister Hoffe unterm 18. d. M. vorstellig geworden; er hat seine Bitte zunächst darauf gestützt, daß seiner Ueberzeugung nach das neue Verfahren mit dem geltenden Rechte nicht vereinbar sei, denn es widerspreche im allgemeinen der seit den Zeiten Friedrichs des Großen in Preußen herrschenden, in der Verfassung geschichtlich und verfassungsmäßig gewohnten Glaubens- und Gewissensfreiheit, und es verstohe auch gegen die ausdrückliche Bestimmung des Allgemeinen Landrechts. Der Magistrat führt dies näher aus, indem er auf die in der Angelegenheit früher ergangenen kgl. Erlasse hinweist, er bekämpft sodann die Entscheidung des Kammergerichts vom 17. April 1893 und nimmt Bezug auf das Urtheil des Landgerichts Halle vom 25. November 1893, worin unter Verwerfung der kammergerichtlichen Auffassung die vom Magistrat vertretene Ansicht als übereinstimmend mit der Verfassung und dem Inhalte und dem Geiste der Gesetze erklärt worden sei. Sodann heißt es in der Vorlesung des Magistrats: „Noch wichtiger als alle rechtlichen Bedenken erscheint es aber, daß bei dem neuen Verfahren der Religionsunterricht selbst notwendig beeinträchtigt werden muß. Der erbauliche Charakter geht verloren, wenn der Lehrer nicht die unmittelbare und herzliche Aufnahme der mitgetheilten religiösen Wahrheiten von den Schülern erwarten kann, sondern nur die vermittelnde Aufnahme der Lehren fordern darf, und so sich gewissermaßen auf eine religionsgeschichtliche Darstellung beschränken muß. Die Eltern, die sich um Befreiung von Religionsunterricht bemühen, werden nicht ruhen, bis sie den vermeintlichen Abfall ihrer Kinder von der Ueberzeugung des Hauses wieder rückgängig gemacht haben, und so wird das Erzwingen der Teilnahme am Religionsunterricht für die Mehrheit der christlichen Schüler ein Schaden, für die Minderheit der religionslosen ein Anreiz zum Widerspruch gegen die Schule überhaupt.“ Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß auch die Stadtverordneten-Versammlung die Auffassung des Magistrats theilt, da sie die Petition eines Dissidenten um Befreiung seines Sohnes vom Religionsunterricht in der Gemeindefschule dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen habe.

Es müßte Wunder nehmen, wenn das Vorgehen des Berliner Magistrats in der Aera der Kirchenbauten und der frommen Sonntagsgeschandungen irgend welchen Erfolg hätte. Vorläufig wird den dissidentischen Eltern die ja allerdings nicht besonders schwere Pflicht bleiben, ihre Kinder über den wahren Werth der ihnen wider deren Willen beigebrachten Religion aufzuklären.

**Noblesse im Reiche des Herrn Thielen.** Uns wird geschrieben: Ihre am 11. Juni unter der Spitzmarke „Noblesse im Reiche des Herrn Thielen“ gebrachte Notiz hat eine Entgegnung in der „Berliner Korrespondenz“ gefunden, in der bestritten wird, daß ein Unterschied zwischen den nicht angestellten Beamten der Staatsbahnverwaltung und denen der Reichspostverwaltung hinsichtlich des Fortbezuges ihres Einkommens während einer militärischen Übung bestehe. Dies ist aber eitel Wortklauberei. Die von der „Berliner Korrespondenz“ bezeichneten nicht fest angestellten Beamten sind die Stations-, Telegraphen-, u. Diätäre, die später in etatsmäßige Stellen einrücken müssen, da es meist Militärdienstleistungen sind. Anders aber steht es mit den als Hilfsbeamten beschäftigten Arbeitern. Die Hilfsbeamten der Bahn (Hilfs-Telegraphisten, Willekschaffner, Rademeister, Mangirer, Weichensteller, Willekschaffner etc.) erhalten während der Übung keine Zulage, höchstens wird denselben auf ein demüthiges Gesuch ein Almosen ausnahmsweise gewährt, dagegen erhalten die Hilfsbeamten der Postverwaltung ihre vollen Bezüge weiter. Ein weiterer Unterschied zwischen den Hilfsbeamten der Post und der Bahn ist, daß erstere bei erwiesener Brauchbarkeit nach 6 Jahren angestellt werden, dagegen erwachsene lehrten (um die im Dienstkontrakt hierfür übliche Formel anzuwenden) aus ihrer Beschäftigung bei der Bahn kein Anspruch auf Anstellung. Der Vortheil für die Bahnverwaltung ist hierdurch ein mehrfacher: einmal beziehen die Hilfsbeamten weniger Einkommen, dann erhalten sie nur alle 4 Wochen einen sogenannten dienstfreien Tag, drittens haben sie stets den längsten und schwersten Dienst zu verrichten, wogegen durch Kränkeln die Obstruktion zu treiben nicht gut angeht, da über ihrem Haupte stets das Damoklesschwert der 14-tägigen Kündigung schwebt. Zum Beweise für die letzte Behauptung diene: Der Dienst auf den Bahnsteigen für den Stadtbahnverkehr, welcher am anstrengendsten ist, wird fast nur von Hilfs-Willekschaffnern versehen; an den Stadtbahnhaltern sieht man fast nur die diätarisch beschäftigten Verkäuferinnen, weil der Dienst bedeutend länger und mit weniger Nachdienst verbunden ist als der auf der Ringbahn,

dagegen macht den 12-stündigen schweren Dienst (abwechslend eine Woche Tag, eine Woche Nachdienst) nur des schlechter bezahlte männliche Personal, welches ebenfalls auf vierzehntägige Kündigung im Arbeitsverhältnis beschäftigt wird.

**Sparbarkeit im Reiche des Herrn Thielen.** Schlecht gefordert wird vielfach noch immer für das Publikum beim Verlassen der Bahnsteige. Die Ausgänge sind zwar da, so schreibt ein Berichterstatter, aber sie werden nicht alle benutzt, weil es, wie es scheint, an Beamten fehlt. Lebhaft wird über die Zustände auf dem Anhalter Bahnhof, namentlich an Sonntagen und bei schönem Wetter, geklagt. Hier ist es um so schlimmer, als durch den starken Fernverkehr die Menge der Fahrgäste aus den Vororten noch vermehrt wird und durchweg zwei Durchlässe mit Beamten nicht besetzt sind. Es entsteht so immer ein starkes Gedränge und es dauert sehr lange, bis sich der Bahnsteig entleert hat, weil die Prüfung der Fahrkarten doch immerhin einige Zeit in Anspruch nimmt. Dieselben Klagen kommen aber auch von anderen Stationen.

**Die Unterbringung von Polizeiwachen in privaten Wohnhäusern** mag ja für die betreffenden Hausbesitzer manchen angenehmen haben, für die Mitbewohner eines solchen Hauses ist dies aber nicht immer der Fall. So sind z. B. die Wietber-, oder doch ein großer Theil derselben — des Hauses Kottbuserstraße 4b wenig erbaut von der Unterbringung einer Polizeiwache in der ersten Etage des Hauses. In dieser Polizeiwache geht es mitunter recht lebhaft zu, so daß Hausbewohner schon Veranlassung genommen haben, beim Reviervorstand Beschwerde zu führen. Solche Beschwerden werden indessen mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen, daß das Polizeibureau nur Miethspartei sei, etwaige Beschwerden demnach beim Hauswirth anzubringen seien. Der Wirth des Hauses ist der Delonon des nebenan belegenen Konzerthauses Sandfonsi, Herr Dahms, welcher indessen eher die Beschwerdeführer ziehen läßt als die Polizei, was allerdings sein gutes Recht ist. Besondere Grund zur Klage hatten die gedachten Hausbewohner in der Nacht vom letzten Sonntag zum Sonntag, in welcher es in der Polizeiwache derartig lebhaft zugeht, daß verschiedene Hausbewohner wiederholt in ihrer Nachtruhe gestört und in Aufrührung versetzt wurden, so daß sie in rückhaltloser Weise ihren Unwillen bekundeten. Die Vorgehensweise der Veranlassung zu diesen Klagen gaben, werden jedenfalls eine gerichtliche Klarstellung erfahren, da ein Hausbewohner, der am nächsten Morgen beim Reviervorstand Beschwerde führte, allem Anschein nach wegen Beamtenbeleidigung belangt werden soll. Möglicherweise wird durch eine derartige Gerichtsverhandlung den Beschwerden der Hausbewohner abgeholfen.

**Im Deutschen Theater** wird heute Abend von der Niederländischen Schauspielgesellschaft Gerhart Hauptmann's Drama „Einsame Menschen“ unter dem Titel „Genzamen“ aufgeführt. Das Gaskspiel der Niederländer erreicht bereits am Sonntag sein Ende.

**Die Antworten der Konfektionsgeschäfte** auf die sieben Fragen, welche der „Berliner Mannfacturist“ an ca. 300 Firmen der betr. Branchen, die von der Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter betroffen werden, gerichtet hatte, liegen jetzt ungefähr zur Hälfte vor. Das Ergebniß ist so wie man erwarten mußte; der überwiegende Theil der Geschäftsinhaber will um keinen Preis von der Hausindustrie abgehen. Ueber hundert Antworten gehen dahin, daß die Hausindustrie gegenüber dem Betriebe in Werkstätten und Fabriken Vortheile diene (Frage 1); und daß die Leistungsfähigkeit der Branche beschränkt werde, wenn die Produktionsform sich vermindere (Frage 2). Die nächste Frage, ob bei der Hausindustrie Unzuträglichkeiten zwischen Meistern und dem Personal zu bemerken seien, wird von mehr als zwei Drittel der Befragten verneint, ein Beweis, wie wenig die Herren über die tatsächlichen Verhältnisse informiert sind. Auf die Frage: Sind stabilere Löhne und feste Tarifsätze von Vortheil für die Konfektions-Geschäfte? haben 87 mit Ja und 33 (weil undurchführbar) mit Nein geantwortet. Die am meisten interessirende Antwort ist die auf die Frage 7, die folgendermaßen gestellt war: Glauben Sie, daß der zum Sommer 1896 projectirte Streik Aussicht auf Erfolg hat, resp. von irgend welchem Schaden für die Branche sein kann, und halten Sie es für richtig, rechtzeitige Verhandlung — event. auf welcher Grundlage — herbeizuführen? Hierauf antworteten 120 Firmen prompt: „Nicht die geringste Aussicht auf Erfolg!“ 80 Geschäfte bemerkten dabei, daß Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise dadurch geschädigt würden, 40 meinten, daß lediglich die Arbeiter Verluste bei einem eventuellen Lohnkampfe davonzutragen würden. Zwei Drittel der Befragten halten eine Verständigung für wünschenswerth. Ein Theil dieser Firmen möchte die Einführung eines Minimal-Soldalohnes für die Zwischenmeister, welche dann verpflichtet werden sollen, an das Personal gleichfalls feste Löhne (Stücklöhne) zu zahlen; ein anderer Theil wünscht, daß der Zwischenmeister einen noch näher zu bestimmenden Prozentsatz seines Lohnes an sein Arbeitspersonal zahle. Im Prinzip für die Befreiung der Hausindustrie sind, wie aus den Antworten unzweifelhaft hervorgeht, nur einzelne Firmen; eine dieser wenigen, Erig und Sahnmann äußert sich: Die Hausindustrie ist die verkehrteste Art des Betriebes — Unterschlagung („Schmutz“) — ungleiche Lieferungs-termine — oft werden Sachen nach der Saison geliefert — werden durch sie befördert. — Ob der Streik Aussicht auf Erfolg hat, so läßt sich Charles Müller und Ko. verneinen, vermag man nicht im voraus zu bestimmen; für die Branche kann er eventuell von großem Schaden sein, da durch Nichtausführen erhaltener Ordres namentlich im Auslande die ernste Konkurrenz, welche das Ausland selbst bietet, leicht für absehbare Zeit Oberwasser bekommen würde, und es doppelt schwer sein wird, sie wieder zu verdrängen. Das wichtigste dieser Einquerte tritt klar zu Tage, nämlich, daß es ferner ganz und gar überflüssig erscheint, die Frage, ob Betriebswerkstätte oder nicht, überhaupt noch weiter in den Kreis der Erwägung zu ziehen.“ So schreibt der „Berliner Mannfacturist“ am Schluß. Das Blatt meint, die Arbeiter werden, da die Konfektions-Produzenten sich fast einstimmig dagegen ausgesprochen haben, nun wohl auf die Durchführung dieser Forderung verzichten. Wirklich komisch klingt die Mahnung im Munde des Unternehmerblattes: Wir geben den Arbeitern nur den Rath, keine Kämpfe anzufangen, aus denen sie unbedingt bei Lage der Sache als Besiegte mit großen Verlusten hervorgehen würden, sondern zu erreichen suchen, was sie auf angegebener Grundlage erreichen können.

Die Ansicht der Arbeiter der Konfektionsbranche weicht eben von der Meinung der Unternehmer, die sich so augenscheinlich in den Antworten widerspiegelt, ganz erheblich ab. Eine Verständigung auf der Grundlage, wie sie die Herren Unternehmer in Aussicht stellen, kann für die Arbeitererschaft gar nicht in Frage kommen.

**Auch Nigdorf** will im Kirchenbau nicht zurückbleiben. Es wird ein Aufruf an die „evangelischen Einwohner“ unseres Vorortes erlassen, in dem erklärt wird, daß der Bau einer zweiten Kirche ein „dringendes Bedürfnis“ sei. Die Kirchencasse besitze aber kein Vermögen und die kirchlichen Körperschaften hätten es im Interesse der weniger Bemittelten der Kirchengemeinde nicht gewagt, die bereits bestehende Kirchensteuer zu

erhöhen. Das heißt, man befürchtet, daß bei einer Erhöhung dieser Steuer auch diejenigen aus der Kirche austreten werden, die aus Bequemlichkeit diesen Schritt bislang noch nicht gethan haben. Und da die Sachen unbefristet so stehen, so wird Nigdorf trotz oder gerade wegen seiner 45 000 zum weitaus überwiegenden Theil sozialdemokratischen Einwohner auch fernerhin reichlich genug an seiner Kirche haben. Auch eine Versammlung, zu welcher die Unterzeichner des Aufrufs, unter denen sich auch der berühmte Freiherr v. Mirbach befindet, die Gläubigen einladen, wird an dieser für die Orthodoxen vielleicht unangenehm, aber im Interesse des Geistesfortschritts nur mit Freuden zu begrüßenden Thatsache nichts ändern können.

**Zur Dampferkatastrophe auf der Spree** geht uns von einem Augenzeugen, der sich an Bord des „Kryffhäuser“ befand, eine recht bemerkenswerthe Mittheilung zu. Unser Gewährsmann berichtet uns, daß der „Kryffhäuser“ vom Vergnügungsverein „Fidel“ am Sonntag zu einer Partie nach Grünau gemietet worden war. Laut Verabredung sollte der Dampfer seine Fahrgäste um neun Uhr von dort abholen; das Schiff kam jedoch erst um halb elf Uhr. Die Verspätung mochte dem Schiffsführer Veranlassung gegeben haben, in möglichst schneller Fahrt Berlin zu erreichen; zum mindesten fuhr der Dampfer in der Nacht mit viel größerer Eile, als am Morgen. Etwa um 12 1/4 Uhr bemerkte unser Gewährsmann einen kleinen Dampfer dicht an den Ranten des „Kryffhäuser“; im selben Augenblick schoß schon mit einem nicht zu lauten Knall eine Fenersäule aus dem Schornstein des Schiffes hervor und man hörte einen lauten Hilfschrei. Der „Kryffhäuser“ hatte unterdessen eine kurze Strecke seinen Kurs fortgesetzt, als der Kapitän von der Kommandobrücke herab rief, ob etwas passiert sei; offenbar war er durch eine Mittheilung aus dem Maschinenraum heraus auf dem Vorrath aufmerksam gemacht worden. Es wurde rückwärts an die Unglücksstelle zurückgefahren, und hier sah man einen Knaben sich an den Ranten des kleinen Dampfers klammern. Das Kind wurde an Bord geholt; auch rettete man den Maschinisten Klink, der frei im Wasser schwamm, aus den Klüthen. Auf Befragen erklärte der Knabe, daß seine Eltern als gute Schwimmer sich wohl retten würden; Klink war in voller Bekleidung. Der „Kryffhäuser“ blieb ungefähr eine Stunde an der Stelle der Katastrophe; doch alle Veruche, die offenbar sofort unter den Kiel gestraßenen Passagiere des verunglückten Bootes zu retten, blieben erfolglos. Die Fahrt wurde schließlich fortgesetzt und um 1 1/2 Uhr landeten die Passagiere an der Zaanowibrücke. Unser Gewährsmann ist der Anschauung, daß das Unglück sich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit hätte vermeiden lassen, wenn der „Kryffhäuser“ nicht mit vollster Kraftanstrengung gefahren wäre; die Frage, ob etwa eine zu geringe Aufmerksamkeit auf Seiten des Führers vorgelegen hat, entzieht sich der Beurtheilung.

**Als Beispiele für die Leichtfertigkeit**, mit der Unkundige dem Wasserport obliegen, werden uns folgende, in den letzten Tagen passirte Vorfälle berichtet: Am Sonntag fuhr bei Snaatwinkel ein kleines Boot, dessen Insassen des Ruderns vollkommen unkundig, mit solcher Gewalt gegen einen Sternendampfer, daß die Ruder zerbrachen. Dank der Aufmerksamkeit des Dampferpersonals wurde im letzten Augenblick ein schwerer Unfall vermieden. Am demselben Tage spät abends passirte ein Dampfer der neuen Schiffahrts-Gesellschaft der Obersee die Oberbaum-Brücke unter strenger Beobachtung der Signale. Als das Schiff durch die Brücke durchfuhr, bemerkte der Kapitän, daß ein Motorboot in voller Fahrgeschwindigkeit sich dem Dampfer näherte; nur dadurch, daß der Kapitän Kontredampf geben ließ, gelang es eine Karambolage zu vermeiden. Am Montag ließ sich Schreiber dieses bei Haselwerder über die Spree fahren, als mit großer Schnelligkeit der Schlepddampfer „Hohenzollern“ sich näherte. Der vorsichtige Führer des Uebersehbootes zog die Ruder ein, um den Dampfer vorbeizulassen, aber etwa zwei Schiffslängen entfernt änderte die „Hohenzollern“ ihren Kurs und fuhr scharf auf das Führerboot los, das nur durch die höchste Lichtsamkeit des Schiffes vor dem Umschlagen gerettet wurde. — Am Montag Abend vernahmen die Passanten des Uferweges zwischen Neuer Krug und Gierhändchen gelinde Hülserufe. Ein Ruderboot war gefahren, dadurch, daß die Passagiere, die übrigens sämmtlich gerettet wurden, während der Fahrt zum Vergnügen gewechselt hatten. Am Sonntag Abend mußte ein Dampfer der Gesellschaft Stern auf der Fahrt von Treptow nach Berlin nicht weniger als achtmal stoppen, um Ruderboote, die sich absichtlich in der nächsten Nähe des Dampfers befanden, nicht anzunehmen. — Von all den Unglücksfällen zu schweigen, die sich dadurch ereignen, daß die Inshaber von Ruderbooten bis dicht an den Dampfer heranzufahren, um „Wellenschlag“ zu erhalten!

Das Publikum ist sehr oft der Meinung, daß die Sanitätswachen bereitwillig jederzeit den Bedrängten Hilfe bringen. Dem ist aber nicht so, und wir haben schon wiederholt an Beispielen nachgewiesen, wie irrig diese Auffassung ist. Uns wird folgender Vorfall mitgeteilt: Ein Glaserlehrling, der sich bei seiner Beschäftigung eine schwere Verletzung an der Hand zugezogen hatte, glaubte auf der Sanitätswache in der Mauerstraße die nöthige ärztliche Unterstüzung zu finden. Seine Bitte wurde jedoch abgelehnt mit dem Bemerkten, er müge nur erst das nöthige Geld von seinem Meister holen. Wohl oder übel mußte sich der junge Mann entschließen dieser Weisung nachzukommen, er hat es aber dann vorgezogen, an anderer Stelle Hilfe zu suchen.

Das Bureau des 4. Polizei-Bezirks wird Anfang Juli d. J. von Gerhardtstraße 11 nach Flemingstraße 5 verlegt werden.

Das patriotische Festgedränge am Nordostsee-Kanal hat zwei Berliner Schulkenner, welche nach Holtensau kommandirt waren, Schaden an der Gesundheit zugefügt. Es wird darüber berichtet: Der vom 22. Polizeirevier nach Kiel abkommandirte Schulmann Hagen hatte mit drei Kollegen nach Beendigung der Holtensauer die Landungsstelle am Borwerk besetzt zu halten. Nach dem schmalen Zugang drängten von einer Anhöhe hinunter ca. 5000 Menschen, welche diese vier Beamte, die allerdings später noch die Unterstüzung von 8 Gendarmen erhielten, über den Haufen rannten. Bei diesem Aufruhr wurde der Schulmann Hagen mit solcher Gewalt gegen das Brückengeländer gepreßt, daß ihm das Kreuz eingedrückt und eine Blutader in der Lunge geprengt wurde. Ebenso wurde ein von Berlin abkommandirter Wachmeister zu Boden geworfen und erlitt eine Verstauchung des rechten Fußes. Beide Beamte sind als dienstunfähig nach hier zurückgeschafft worden.

Bezüglich des kürzlich bei Wege-Ausschachtungen auf dem Eckartsberge aufgefundenen Skeletts sind, wie die Kriminalpolizei mittheilt, insofern in die hiesige Presse unzutreffende Nachrichten gelangt, als dasselbe nicht seit längerer Zeit an dem Fundorte gelegen haben muß, sondern seit vielleicht 40—50 Jahren. Es wäre nicht unmöglich, daß sich in früheren Jahren an der Stelle Sand- und Lehmgruben, wie sich solche noch jetzt auf dem Eckartsberge vielfach vorfinden, befunden haben, daß in denselben eine obdachlose Person genächtigt hat und von dem einfallenden Boden verschüttet worden ist. Anhaltspunkte für das Vorkommen einer strafbaren Handlung sind nicht vorhanden.

Der Maler Robert Barthmüller ist am Morgen des 25. Juni hier im 86. Lebensjahre gestorben. Der Verdächtige war auch Lehrer an der Kunstschule.

Von den beiden Pockenkranken, die in den Koch'schen Baracken behandelt wurden, ist die eine, Frau Dominica Casati, heute Vormittag als geheilt entlassen worden. Ihre Nichte Florentine bleibt vorläufig noch im Krankenhaus, doch wird voraussichtlich auch sie es in den nächsten Tagen verlassen können.

Gesperet ist für Fuhrwerk und Reiter vom 1. Juli ab die Reiterstraße von der Meanderstraße bis zur Musterhausenerstraße.

**Pollzeibericht.** Am 25. d. M. wurden zwei Männer, einer in der Neuen Hochstraße und der andere in der Behrenstraße, erhängt vorgefunden. — In einem Restaurant in der Landsberger Allee versuchte vormittags ein Kaufmann sich zu erschließen. Er wurde noch lebend in das Krankenhaus gebracht. — Nachmittags wurde in der Spree an der Cuvrystraße die Leiche eines neugeborenen Kindes angeschwemmt. — In der Vestingstraße fiel ein Mann in der Trunkenheit von einem Steinwagen, gerieth unter die Räder und erlitt mehrere Rippenbrüche. — In der Nacht zum 26. d. M. vergiftete sich ein Arbeiter in einer Schankwirtschaft in der Ganssestraße. — Am 25. d. M. sand kein Feuer statt.

### Witterungsübersicht vom 26. Juni 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (10 C. = 40 F.)
Swinemünde	762	WB	4	wollig	14
Hamburg	766	WBW	2	halb bedeckt	15
Berlin	768	WB	4	wollig	14
Biesbaden	767	W	2	wollenlos	14
München	768	W	4	heiter	12
Wien	764	W	3	halb bedeckt	14
Saparanda	766	WNO	4	wollenlos	14
Petersburg	757	WSW	1	bedeckt	16
Cort	766	SW	1	bedeckt	16
Aberdin	766	SW	2	halb bedeckt	14
Paris	769	W	1	wollenlos	12

### Wetter-Prognose für Donnerstag, 27. Juni 1895.

Ein wenig wärmeres, theils heiteres, theils woliges Wetter mit mäßigen westlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

## Gerichts-Zeitung.

**Wegen Unterschlagung im Kute** hatte sich gestern der frühere Gemeinbediener Ernst Helbig aus Friedenau vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Angeklagte hatte, als er noch im Dienste stand, einem Friedenauer Restaurateur die Tanzlustbarkeits-Steuer, die er stets zu quittieren hatte, unterschlagen. Der Angeklagte gab an, wenn er nach dem Quittungsbuch gefragt wurde, dasselbe liege im Bureau in seinem Fach. Nach seinem Austritt aus dem Gemeinbedienst brachte er dem Restaurateur das Quittungsbuch mit dem Bemerkten, er habe die Blätter herausgerissen, aber alles „glatt“ gemacht. Erst später wurde der Restaurateur gewahr, daß die Steuern von dem Helbig unterschlagen worden waren. Die Gemeinde erstattete darauf Anzeige. Vor Gericht gab der Angeklagte als Grund zu diesem Vergehen an, daß er in großer Noth sich befinden habe. Er habe sich bis 2 Uhr nachts mit seiner Frau und habe Kouverts geschrieben, nur um das Dasein seiner Familie zu fristen. Das Urtheil lautete mit Rücksicht auf die Noth des Angeklagten, auf drei Monaten Gefängniß, der niedrigsten zulässigen Strafe, die das Gesetz vorschreibt.

**Banknotenfälscher vor Gericht.** Aus Hamburg wird uns vom Mittwoch geschrieben: Vor etwa Jahresfrist ging durch die hiesige und auswärtige Wälder die Mittheilung, daß die Hamburger Kriminalpolizei einer Gesellschaft habhaft geworden sei, die sich lange Zeit mit der Anfertigung und dem Vertrieb englischer und amerikanischer Banknoten befaßt hatte. Die Ermittlungen nahmen einen gewaltigen Umfang an, weil sie zum Theil auf diplomatischem Wege geführt werden mußten. Vor kurzem ist die Untersuchung abgeschlossen, und es hat dieselbe nur gegen 6 Personen genügend Material ergeben, um eine Anklage wegen Münzverbrechens gegen sie zu erheben. Die sechs Angeklagten sind: Der Agent und Maler August Thies, der Buchdruckermeister Edmund Cronmeyer, der Schlichter Theodor Kessler, der Graveur Robert Gentsch aus Leipzig, der Kaufmann Hermann Weber aus Altona, und der Rechtskonsulent Gustav Dechow. Der Direktor der hiesigen Gertig'schen Brauerei, Diekmann, gegen den die Ermittlungen auch reichliches Bestätigungsmaterial ergeben hatten, hat sich vor einiger Zeit im Untersuchungsgefängniß erhängt. Die Verhandlung, für die drei Sitzungstage in Aussicht genommen sind, findet unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Dr. Danzel statt. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Heinichen, während fünf Hamburger Rechtsanwälte die Verteidigung führen. — Die Fabrikanten der Fälschate — zumeist englischer Fälschpundnoten und amerikanischer Fälschdollar-Schahanweisungen — sind Thies und Cronmeyer, Gentsch hat den in Kupfer gestochenen Stempel mit dem Kopfe des Präsidenten Grant geliefert, während der Ursprung der anderen zur Anfertigung der Noten benutzten Maschinen nicht ermittelt ist. Die Verbreitung ist außer von verschiedenen unermittelten Personen, hauptsächlich von Kessler, Dechow und dem verstorbenen Diekmann, besorgt. Weber sollte auch mit der Verbreitung betraut werden, er kannte also das Treiben der Thies und Genossen, unterließ aber die Anzeige und ist deshalb angeklagt. Zur Beweisaufnahme sind an die 30 Zeugen und Sachverständige geladen. — Die Angeklagten bekennen sich im wesentlichen schuldig, nur Gentsch und Dechow stellen jegliche strafbare Mithäterschaft in Abrede.

**Auf gewisse Zustände im herrlichen Kriegsbeer** wirft eine Verhandlung ein bezeichnendes Licht, die sich vor dem Landgericht Altona abspielte.

**Wegen öffentlicher Beleidigung und Mißhandlung mehrerer Soldaten** hatte sich dort am Dienstag ein Fischhändler in der Berufungsinstantz zu verantworten. Der Angeklagte ist, wie das „Damb. Echo“ berichtet, vom Schöffengericht wegen der genannten Vergehen zu 180 M. Geldstrafe, eventuell 24 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Als ihm am Mittag des 2. März gegen 1 1/2 Uhr in der Holstenstraße zu Altona ein Soldatentransport vorbeikam, von welchem zwei Soldaten sich angeblich gestritten haben, soll er den einen dadurch beleidigt haben, daß er ihm zugerufen haben soll: „Was, Du willst Leute strapazieren?“ Sodann soll er den Soldaten, der Führer des Transports war, angegriffen und zu Boden geworfen haben. Nach der Anklage hat er nachher auch noch andere Soldaten thätlich angegriffen. Der Angeklagte behauptet, er hätte gesehen, als der Transport an ihm vorbeigezogen sei, daß der Führer einen Soldaten hin- und hergeschoben habe, worauf er gefragt haben will: „Kinder, vertragt Euch doch.“ Jetzt will er angegriffen und wiederholt von den Soldaten, namentlich dem Führer mißhandelt worden sein. Er sei der Ansicht, daß die Soldaten angetrunken waren. Der als Zeuge vernommene Musikler Heis, der die Unteroffizierskule besucht hat, deponirte, daß er am Morgen des 2. März um 7 Uhr mit noch vier Mann zusammen fortgeschickt worden sei, um von dem Vorort Bahrenfeld Bourage für einen Hauptmann zu holen.

Als sie die Bourage geholt und nach der Großen Gärtnerstraße in Altona gebracht, wobei sie für 80 Pf. Kümmel getrunken hätten, seien sie in die Wirthschaft von Kumpmann eingekerkert und hätten da nur je zwei Seidel Bier getrunken. Da sie hier durch verschiedene Reden der Gäste beleidigt worden seien, hätte er seine Kollegen aufgefordert, mit fortzugehen. Einlehen hätten sie nicht dürfen. Daß er und seine Kollegen betrunken gewesen sind, wird von ihm bestritten, ebenfalls, daß sie den Angeklagten geschlagen hätten. Die Anklagen der anderen Soldaten decken sich mit diesen Aussagen. Von mehreren Zeugen, welche in der Kumpmann'schen Wirthschaft zugegen gewesen sind, wird ausgesagt, daß die Soldaten mindestens zwei Stunden in der Wirthschaft anwesend waren und etwa vier Glas Bier und mehrere Schnäpse getrunken hätten. Ihrer Ansicht nach sind sie erheblich angetrunken gewesen. Namentlich der Führer Heis soll am betrunkensten gewesen sein, und sich sehr unpassend benommen haben. Wenn die jüngeren Soldaten gesagt haben, sie wollten losgehen, so hätte er sie angefahren und einen Soldaten hätte er in der Wirthschaft hin- und hergeschoben. Schließlich sind die Soldaten aufgefordert worden, fortzugehen. Zwei Musiker, die Ecke der Holstenstraße und Nordreihe gestanden haben, bekunden, sie hätten gesehen, daß der Führer Heis einen Soldaten geschlagen habe. Der eine Musiker, ein alter Mann, hat sich darüber mißliebiger ausgesprochen, worauf Heis ihm entgegen gekommen sei und gesagt habe: „Was willst Du Einheimhund?“ Den Anfang des Vorfalls zwischen dem Angeklagten und den Soldaten haben Zeugen nicht beobachtet. Mehrere Zeugen, die bald hinzugekommen sind, haben gesehen, daß der Angeklagte von Heis und einem anderen Soldaten geschlagen wurde. Sie haben sämtlich den Eindruck gehabt, daß die Soldaten angetrunken waren und schuld an der ganzen Affäre gehabt hätten. Der vorgefekte Feldwebel der Soldaten bekundet, daß er nicht bemerkt habe, dieselben seien betrunken gewesen. Der Staatsanwalt tadelt das Verhalten der Soldaten mit scharfen Worten, glaubt aber dennoch, daß der Vorfall zwischen dem Angeklagten und den Soldaten sich so abgespielt habe, als er von den Soldaten geschildert worden sei. Wenn die Soldaten Streit mit einander gehabt hätten, so hätte das den Angeklagten nicht kümmern dürfen und er hätte seinen Mund halten sollen. Der Staatsanwalt beantragt gegen den Angeklagten eine Woche Gefängniß. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Waldstein, ist der Ansicht, daß die vernommenen Soldaten die Unwahrheit gesagt haben und sich die Sache so verhalten habe, wie der Angeklagte sie geschildert. Das vorher an den Tag gelegte Benehmen der Soldaten lasse wenigstens diesen Schluss zu. Wenn der Angeklagte die ihm in den Mund gelegte Aeußerung gethan hätte, so hätte er die Wahrheit gesagt und in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Seine Freisprechung müsse erfolgen. Das Gericht erkannte, obgleich es annahm, daß der Angeklagte wirklich die fragliche Aeußerung gethan habe, auf kostenlose Freisprechung. Die Aeußerung sei zutreffend und nicht beleidigend gewesen. Daß der Angeklagte die Soldaten angegriffen habe, ließe nicht fest. Die Soldaten, welche sich nicht glanzvoll benommen, seien nicht glaubwürdig genug, um daraufhin eine Verurtheilung eintreten zu lassen.

**Die Grube „Zentrum“ als Arbeitgeber.** Einige Schwierigkeiten bietet die Erledigung eines Landfriedensbruch-Prozesses, dem ein Bergarbeiterkrawall zu Grunde liegt, dessen im Jahre 1892 auf dem Braunkohlenwerke „Zentrum“ in Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen etwa 30 Bergleute aus Schlesien sich schuldig gemacht haben sollen. Die Grubenverwaltung hatte im Juni 1892 72 Bergleute aus dem Kreise Waldenburg unter den günstigsten Bedingungen nach Schenkendorf gelockt. Als die Leute kurze Zeit gearbeitet hatten, sahen sie sich in ihren Erwartungen ganz gewaltig enttäuscht; die Grubenverwaltung sah sich nicht im geringsten veranlaßt, die Versprechungen ihrer Agenten zu erfüllen. Ein Theil der dupirten Bergleute, die noch über Reisegeld verfügten, fuhr alsbald wieder nach der Heimath, der Rest machte seiner erklärlichen Empörung Luft und demolirte zum Theil Zechenhäuser und Comptoir. Gegen einige zwanzig der Bergleute wurde Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben. Die Mehrzahl der Angeklagten war aber indessen theils nach Westfalen, theils nach anderen entlegenen Provinzen gegangen und war daher zur Hauptverhandlung nicht heran zu holen, weil sie kein Reisegeld hatten. Im Oktober 1893 wurden die ersten acht Angeklagten zu Strafen von 4-15 Monaten Gefängniß verurtheilt. Am 7. Mai d. J. wurden wieder sieben Mann von den Geschworenen abgeurtheilt, aber trotz derselben thatsächlichen Feststellung wie in dem ersten Termin wurden sämtliche Angeklagten in gerechter Würdigung der Umstände vom Schwurgericht freigesprochen. Geblieben waren wieder sechs Mann — der Rest — abgeurtheilt werden, doch nur zwei davon waren erschienen, vier dagegen waren wegen Mangels an Reisegeld ausgeblieben. Gestern lautete das Urtheil der Geschworenen trotz derselben Sachlage wie in den Vorverhandlungen auf schuldig und die unglücklichen Arbeiter wurden zu 1 Jahr bzw. 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Nun soll noch ein neuer Termin angelegt werden, um die letzten vier Angeklagten zur Rechtskraft zu ziehen, die in der Zwischenzeit verhaftet werden sollen.

## Versammlungen.

**In der Versammlung des 1. Berliner Wahlvereins,** die aus besonderen Gründen für die Gegend des Hansaviertels, Umgebung Bahnhof Bellevue, nach der Lessingstraße einberufen und sehr gut besucht war, referirte Genosse Leichter aus Regnitz über die Zustände im Allegianerkloster in Marienberg unter lebhaftem Beifall der Versammlung. In der Diskussion erklärte ein anwesender Gegner seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten, indem er wünschte, daß in solchen Fragen die Sozialdemokraten mit den liberalen Parteien gemeinsam Protest erheben müßten gegen derartige Zustände, worauf der Vorsitzende Genosse Pohlig dem Redner nahe legte, daß auch in wirtschaftlicher und politischer Beziehung die „liberalen“ Leute lieber mit der Sozialdemokratie gehen sollten. Da unter Vereinsangelegenheiten nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Vierter Berliner Reichstagswahlkreis.** Seitens des Vorstandes des Wahlvereins war für den 25. Juni nach dem Lokal von Hebig, Große Frankfurterstr. 29, eine öffentliche Versammlung einberufen, die sich eines ausgezeichneten Besuchs erfreute. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der am vorigen Sonntag auf der Obersee verunglückten Genossen und Genossinnen in der üblichen Weise. Hiernach hielt Reichstags-Abgeordneter Max Schippel einen interessanten Vortrag über den „Bimetallismus“, für den ihm reichlicher Beifall zu Theil ward. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende, Genosse Kaiser, um thätigste Unterstützung der Parteipublikation.

**Im Wahlverein für den 4. Kreis (Südost)** wurde am Dienstag die Debatte über die freie Arztwahl beendet. Die Mitglieder ehrten auf das Erfuchen des Vorsitzenden hin das Andenken an die verstorbenen drei Genossen Bildhauer Bulow, Gürtler Prinz und Restaurateur Schmidt durch Erheben von den Plänen. Die ersten Redner, die sich zu dem in Frage stehenden Thema äußerten, Wenzel, Richard (Drechslerklasse), David und Richard Meyer'sche Klasse) polemisirten gegen die in der vorigen Versammlung vertretenen Ansichten und nahmen theils für, theils gegen die freie Arztwahl Stellung. Jastrów (Kasse der Handlungsgewerlichen und Dehrlinge) hob hervor, daß von ärztlicher Seite selbst zugegeben werde, daß die Bewegung für freie Arztwahl von den Ärzten entritt sei. Die jetzt veröffentlichte amtliche Statistik ergebe, daß die 18 Orts-Krankenkassen mit freier Arztwahl gegenüber den Kassen mit sogenannten Zwangsärzten im

Jahre 1894 eine Mehrausgabe im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl aufweisen in der Höhe von 896 000 M. Für Arzthonorar wurde ein Mehr von 182 000 M. verausgabt. Die Ausgabe für Arznei ist pro Kopf von 12,28 auf 4,41 M. gestiegen und das Krankenloos von 8,10 auf 12,31 M. Bei den Krankenkassenloosen ist allerdings ein Minus von 95 000 M. vorhanden, trotzdem betrug die Mehrausgabe noch, wie angegeben, 896 000 M. Der Redner bemerkt, daß die Arznei, wie festgestellt sei, nicht wegen des Preises ins Gewicht falle, sondern wegen der Menge, die unnütz verschrieben sei. Er hält die, fast gewaltsame, Agitation für die freie Arztwahl im Interesse der Kassen für höchst schädlich; gegen den Verein freigeübter Kassendoktoren spricht er in sehr entschiedener Weise seine Abneigung aus. Dr. Heymann: Die Selbstverwaltung der Kassen, die Genosse Schmidt schämen will, besteht nur auf dem Papier. Die Kassen haben die Verwaltung ihrer Kasse übrigens wieder in die Hände bekommen — die Furcht vor Eingriffen der Behörde hat kein Echo in den Herzen der Arbeiter gefunden. Der Hinweis, daß die freie Arztwahl lediglich die Leistungsfähigkeit der Kasse beschränke, parirt der Redner mit dem Faktum, daß jetzt wieder die Ortskassen der Schneider durch Verfügung der Behörde gezwungen sei, die Mindestleistung einzuführen; freie Arztwahl sei hier nicht vorhanden. Die Kranken klagen fortgesetzt über die Zwangsärzte. Dr. Heymann erwähnt einen Fall, wo gegen ein Mitglied der Meyer'schen Kasse, obwohl von ärztlichen Kapazitäten ein Landaufenthalt für dringend nötig gehalten wurde, der Kassenvorstand sich schroff ablehnend verhielt. Gegen den Vorredner Jastrów geht Dr. Heymann scharf ins Zeug. J. kritizire das System der Vertrauensärzte, dabei habe er selber dahin gestrebt, daß die Kasse, die er vertrat, diese Institution einführe; er habe keinen Anlaß, die Kasse als Paradepferd vorzuführen, die unter seinem Vorhinein kommissarische Verwaltung gekommen sei. Die von einem Redner geäußerte Ansicht, daß junge Ärzte, weil sie wenig Lebenserfahrung besitzen, von der Behandlung der Kassenmitglieder ferngehalten werden sollen, bekämpft der Redner. Kob. Schmidt weist darauf hin, daß die Anschauung, als ob die Kassen im Stande seien, größere sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen, durchaus irrig ist. Die Unterstützung müsse begrenzt werden, da durch nichts anderes als durch die Beiträge der Mitglieder die Kosten aufgebracht werden. Welcher sollte keine beschränkte Arztwahl möglich sein? Unter 300 würde ebenso wie unter 1000 Ärzten der Kranke immer noch den Mann seines Vertrauens heraus finden können. Der Abschluß der Kassen würde noch schlechter sein, wenn das System der Vertrauensärzte nicht bestände. Wer die Wahl habe zwischen einer Unterstützung von 52 Wochen und dem Zwangsarzt-System und einer 18 wöchentlichen Unterstützung mit freier Arztwahl werde zweifellos sich für das letztere entscheiden, wenn er auch nicht Freund des Zwangsarzt-Systems sei. Die Krankenhaus-Behandlung, so viele Mängel ihr auch anhaften, bietet bei den jetzigen miserablen Wohnungsverhältnissen für den Kranken nur Vortheile. Dr. Mugd an hielt den Gegnern der freien Arztwahl vor, daß sie die Sünden des Gewerks-Krankenvereins regelmäßig der freien Arztwahl ausbürten. Der Verein freigeübter Kassendoktoren sei stets bestrebt, Mängel auszumergen. Redner bespricht in längerer Ausführungen die Einwände der Vertreter der „beschränkten freien Arztwahl“, die er für ganz unzulässig bezeichnet. Gegen Schmidt und gegen Jastrów wandte sich Kumpmann. Er wirft dem letzteren vor, daß er in verschiedenen Fällen inkonsequent gehandelt habe, das Material, welches er (K.) in Händen habe, sei geeignet, die Kasser im Streit gegen die freie Arztwahl, die betreffenden Kassenverordnungen, in einem wenig ansprechenden Lichte zu zeigen. Der letzte Redner, ein Vorstandmitglied der Meyer'schen Kasse, stellte einige Angaben Dr. Heymann's richtig. Der Fall, den dieser Redner heute vorgetragen, solle untersucht werden; im allgemeinen werde, wo möglich, Landaufenthalt von der in Frage stehenden Kasse immer bewilligt. — Damit hatte die Debatte über die freie Arztwahl ihr Ende erreicht, Beschlüsse wurden nicht gefaßt; gegen 1 Uhr ging die Versammlung auseinander.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis** hatte am Dienstag im Neptunischen Lokale (Bergstraße) eine Mitgliederversammlung für die Oranienburger Vorstadt veranstaltet. Nachdem die Genossen das Andenken des verstorbenen Vereinsmitgliedes Tischler Lange in üblicher Weise geehrt hatten, führte denselben Genosse S. Schulz deutsche Zustände zur Zeit der französischen Revolution in einem Vortrage vor, welcher die Anwesenden sichtlich interessirte und deren Beifall erlangte. Ein Bedürfnis zu einer Diskussion lag bei den nur spärlich Erschienenen weder hinsichtlich des Vortrages noch hinsichtlich von Vereinsangelegenheiten vor. Freit halter sah sich infolge dieser Umstände veranlaßt, zu empfehlen, denn doch eine regere Agitation zu entfalten, damit die Versammlungen anregender zu wirken vermögen. Dingenwies wurde noch auf die bevorstehende Generalversammlung, in welcher bezüglich der Reorganisation namentlich Änderungen zur Verhandlung und Beschlußfassung kommen werden.

**Der Verband deutscher Korbmacher** hatte in seiner Mitgliederversammlung am 17. Juni ein Verbot des Genossen Kempf über das Thema: „Die Presse und die Arbeiter“ auf die Tagesordnung gesetzt. Nach dem beifälligen ausgenommenen Vortrage, dem sich eine kurze Diskussion anschloß, wurde die Neuwahl der Agitations-Kommission vollzogen, die sich zum Theil aus den Mitgliedern Vogt, Karl, Jungnickel, Bräuner und Leichter zusammengesetzt. Die Amtsdauer der Mitglieder wird auf ein Jahr festgesetzt. Von den Mitgliedern aus Friedrichsfelde wird ersucht, den Bezug nach der Werkstatt von Zwirner fern zu halten, da die Spere über genannte Werkstatt noch aufrecht erhalten wird. Zum Schluß wird den Anwesenden mitgeteilt, daß das Mitglied Wilhelm Schulz am 6. Juni gestorben ist. Sein eifriges Wirken für die Vereinigungen in seinen gesunden Tagen fand in der Versammlung allseitige Anerkennung.

**Für die Metallindustrie** waren seitens der Gewerkschaftskommission am 25. d. Mts. zwei öffentliche Agitationsversammlungen anberaumt, vormalig zu dem Zwecke, die Arbeiterinnen, die in der Metallindustrie besonders stark vertreten sind, aber selbst im Verhältnis zu den männlichen Arbeitern sehr niedrig entlohnt werden, für die Organisation zu gewinnen. Die für den Norden und für Nordost bestimmte Versammlung wurde im Adoliner Hof abgehalten. Die Theilnehmer der Versammlung bestanden vorwiegend aus Arbeiterinnen. Frau Käbler aus Hamburg als Referentin verstand es auch hier wiederum, bei ihren aufmerksamen Zuhörern das Verständnis für die Lage der arbeitenden Klasse und den Willen zur Mitbetheiligung an der Verbesserung dieser Lage zu wecken. Vortrefflich unterstützt wurde die Referentin durch den Genossen Käthner. Der sichtbare Erfolg dieser Versammlung bestand weniger in der einstimmigen Annahme einer Resolution, die sich für den Anschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen an den Deutschen Metallarbeiter-Verband ausdrückt, als vielmehr in den erfolgten Beitrittserklärungen einer Anzahl Arbeiterinnen zur Organisation.

Die zweite Versammlung, die im „Louisenstädtischen Konzertsaal“ angesetzt war mit Frau Jhrer als Referentin, mußte leider der geringen Theilnahme wegen ausfallen.

Eine interessante Debatte über den Sozialismus fand dieser Tage im konservativen Bürgerverein zu Nordost statt. Der konservative Landtags-Kandidat für Teltow-Beeskow, Baumweiser Felisch-Berlin, hielt im genannten Verein einen Vortrag über seine Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen. In der Diskussion sprach Tischlermeister C. E. E. die Beschränkung aus, daß die preussische Regierung die vom Reichstag abgelehnte Anstalt vorlage in veränderter Form dem Landtag vorlegen werde, und fragte, wie der Vortragende sich eventuell hierzu stellen werde, wenn seine Wahl erfolgen sollte. Felisch



# Metallarbeiter!

Donnerstag, den 27. Juni, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße Nr. 39:

## Gr. öffentliche Versammlung für alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Charlottenburg und Moabit.

Tages-Ordnung:  
Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der  
Metallindustrie und wie kann die Gewerkschaftsbewegung gefördert  
werden. Referent: Otto Naether.

Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Firmen Gebauer,  
Döring & Rückert, Aktien-Gesellschaft vorm. Freund, Siemens & Halske,  
Anhaltische Maschinenfabrik ganz besonders eingeladen.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
Otto Naether, N. Anklamerstr. 44.

## Wachtung! Dekateure u. Berufsgenossen. Wachtung!

Freitag, den 30. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn  
Feind, Weinstraße 11:

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Georg Wagner über: „Der Klassenkampf  
der Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 59/20  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet Der Einberufer.

## Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. Sonntag, den 6. Juli 1895:

## Gr. Sommernachts-Fest

in den Gesammtträumen der  
Brauerei Friedrichshain, am Königsthor.  
Grosses Doppel-Concert,

ausgeführt von einer 50 Mann starken Kapelle der Freien Vereinigung der  
Berufsmusiker unter Leitung des Herrn Schönerl.  
unter Mitwirkung der Konzert-Gesellschaft Paul Semmler  
(3 Herren, 2 Damen) und der Duettisten Geschw. Rauch.

Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Im Saale bei doppelt besetztem Orchester:  
Großer Ball.

Um 10 Uhr: Kinder-Fackelpolnaise.  
Um 4 Uhr morgens: Großes Früh-Concert.

Alle nähere Befragen die beim Betreten des Lokales zur Ausgabe  
gelangenden Programme. 217/9  
Wir machen alle Festtheilnehmer darauf aufmerksam, daß das Konzert  
im Garten bis 11 Uhr abends beendet sein muß. Wir ersuchen daher um  
möglichst frühzeitiges Erscheinen.  
Billets sind bei den Kassirern, bei den Vertrauensleuten, in allen  
Zahlstellen und im Arbeitsnachweis, Kamenstraße 39, zu haben.  
Um zahlreiches Betheiligung ersucht  
Der Vorstand.  
Für besondere Beachtung! Der Billetverkauf wird bereits am  
1. Juli geschlossen. Billets, welche bis Mittwoch, den 3. Juli, nicht  
zurückgegeben sind, werden als verkauft angesehen.

Brauerei Friedrichshain am Königsthor.  
Sonntag, den 29. Juni 1895:

## Sommernachts-Fest,

ausgeführt von den Gesangsvereinen Alpenglocke, Deutsche Eiche, Frisch auf,  
Kornblume, Loreley und Vorwärts III (Mitgl. des N.S.V.) unter Leitung  
des Dirigenten Herrn Patschan.

Vokal- und Instrumental-Konzert.  
Die Musik wird von Mitgl. d. Fr. Vereinig. der Jüdischen Berufsmusiker ausgeführt.  
Eröffnung 7 Uhr. Programm 25 Pf. Anfang 8 Uhr.

Grosser Sommernachts-Ball.  
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.  
Programms sind vorher zu haben bei Restaurateur Schulze, Weber-  
straße 10; Demmerling, Restaurateur, Oranienstr. 4/5; Restaurateur  
Schulz, Lichtenberg-Friedrichsfelde, Pringens-Allee; Restaurateur Bernh.  
Vange, Friedrichsberg, Wartenbergstr. 64. 1840b

## Ausstellung Italien in Berlin.

Donnerstag, den 27. Juni 1895:  
III. Elitetag  
Großes Festprogramm. U. a.: Preis-Ruder-Regatta.  
Starten um die Meisterschaft zwischen Gondoliere Antonio Cavalli  
aus Venedig und den Siegern der 2. Ruder-Regatta.  
Entree 1 M.

Sonntag, den 29. Juni 1895:  
Beginn der grossen italienischen Original-Fest-Aufführungen:  
I. Ein Hochzeitsfest zu Portici  
im Jahre 1848.  
Großer historischer Festzug mit Musik, Pantomime und Tanz  
ausgeführt von 200 Personen.  
Täglich: Großes Festprogramm.  
Entree 50 Pf.

## Müggelschloss bei Friedrichshagen, direkt am Müggelsee gelegen.

Schönstes Lokal an der Oberspree. Hauptächlich für Partien  
und Ausflüge geeignet.  
H. Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Vereinen u.  
Gesellschaften gewähre bei vorüberiger Bestellung ermäßigte Preise und vererbe  
einen Theil meines Lokals auch an Sonntagen. Bestellungen nehme durch  
Fernspr. Amt Köpenick No. 32 entgegen. Um allen Ansprüchen genügen zu können,  
bitte um zeitige Anmeldung. Neu: Dampfbohrer Hochachtungsvoll Paul Zibolsky.

Todes-Anzeige. 18945  
Allen Freunden und Bekannten die  
Mittheilung, daß am Sonntag, den  
23. d. M. unser lieber Sangesbruder,  
der Bauanschläger  
Richard Hedt  
seinem schweren Leiden erlegen ist.  
Wir verlieren in dem so früh Dahin-  
geschiedenen ein treues, stets opfer-  
bereites Mitglied, welches sich durch  
seinen geselligen, kameradschaftlichen  
Geist bei und ein unvergessliches An-  
denken sichern wird.  
Ehre seinem Andenken.  
Der Gesangsverein „Rütti“,  
Friedenan.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag,  
nachmittags 6 Uhr, von der Leichen-  
halle zu Steglitz aus, statt.

Todes-Anzeige.  
Den Mitgliedern des Vereins der  
Einiger (Tischler) zur Nachricht,  
daß der Kollege 116/16  
Wilhelm Preppernau  
am 25. Juni verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Freitag, den  
28. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der  
Leichenhalle des neuen Johannis-Kirch-  
hofs in Pöthensee aus, statt.  
Um rege Betheiligung bittet  
Der Vorstand.

Achtung!  
Jahres- und Teilzahl, wöchentl.  
1 Mark, 6 u. 12, Kaufher Platz 2,  
Grafstr. 12.

Zahn-Klinik. Preise  
event.  
Teilzahl.  
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.  
Carl Schindler

Likör-Fabrik.  
Schauffeestr. 55. Amt III. 8917.  
empfehle und liefert nur gute Fabrikate.

Gelegenheitskauf  
für Brautleute: Im Möbelspeicher  
Neue Königstr. 59, vorn L., sollen über  
100 Wirthschaftseinrichtungen, kurze  
Zeit verbleibende gewesene u. neue Möbel  
spottbillig verkauft werden. Ganze  
Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.  
Zahlungsgestalt. Beamten ohne  
Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchen-  
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,  
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen  
18, Aufbaum-Kleiderständer 30, Stühle  
3 Mark, hochfeine Muschelleiderständer  
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-  
schreibtische, Damenschreibtische 30,  
Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15  
Mark, Garderobenspinden, Panee-  
l-sophas 75, Buffet, Trumeaus 65 M.,  
Betten, Coulißentische, alles spott-  
billig. Auch einzelne Gegenstände  
werden zu Engrospreisen verkauft.  
Empfehle allen Herrschaften, mein  
größtes Möbellager Berlins zu be-  
sichtigen u. sich von den klüggend billigen  
Preisen zu überzeugen. Gekaupte Möbel  
können bis Oktober kostenfrei stehen  
bleiben und werden durch eigene Ge-  
spanne transportiert und aufgestellt.

Ein grosser Posten  
Steppdecken  
echt Wollatlas (reine Wolle)  
Größe 150 x 200, Stck. 7,50 M.  
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige  
Normal-Schlafdecken  
mit kleinen Maschinentflecken,  
in reizenden Jacquard-Mustern,  
Größe 150 x 200 cm.  
per Stück 4,50 M. sonstiger  
Preis 5 M.  
Meine illustrierte Preisliste über  
hochfeine Stepp- und Schlafdecken  
gratis und franco.  
Steppdecken-Emil Lefèvre,  
Fabrik  
Berlin S., Oranienstr. 158.

F. Nagel's  
Sommer-Theater  
Schwedterstr. 23/24.  
Jeden Dienstag und Donnerstag:  
Hamburger Sänger  
beliebteste Gesellschaft (8 Herren).  
Anf. 8 Uhr. Näheres die Anschlagtafel.  
NB. Saal u. Garten (1200 Pers.), Meise  
u. gr. Vereinszimmer noch zu vergeben.  
Empfehle allen Freunden und Be-  
kannnten mein Weiß-, Pariser Bier  
und gr. Speisegeschäft. Reichhalt.  
Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier  
50 Pf. sowie Abends à la carte  
von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit  
Klavier für 20-30 Personen.  
H. Stramm, Restaurat., Ritterstr. 123.

Boltz' Sommergarten  
Alte Jakobstr. 75.  
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung.  
Bei ungünstiger Witterung i. Part-  
Saal. Für Saison 1895/96 Säle zu  
Festlichkeiten u. Versammlungen.

Ostbahn-Park  
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Platz.  
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Regie: H. Hintzsch.  
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung  
des Musikdirektors W. Carlson.  
Fasserküche 3 bis 5 Uhr. — Entree 20 Pf.  
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.  
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

Schweizer Garten  
Am Königsthor. Am Friedrichshain.  
Täglich:  
Theater.  
Spezialitäten.  
Ball.  
Entrée 30 Pfg.  
Volksbelustigungen aller Art. Für die Wochentage ist das Etablissement  
mit Vorstellung und Tanz an Vereine zu vergeben.

Etablissement „Süd-Ost“  
Waldemarstr. 75. S. V.: Hermann Brüder,  
empfehle Freunden und Bekannten sein Restaurant (kalte u. warme Speisen und  
Getränke zu jeder Tageszeit) mit Billard u. Kegelbahn, sowie seinen Saal,  
500 Pers. fass. zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Einige Sonnabende sind noch  
ei für Sommernachts-Bälle. — Telefon Amt IV Nr. 1101. 2713L\*

B. Günzel, Lothringerstraße 53. Spezialität: Porträts  
sozialistischer Führer,  
Lassalle, Marx u. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen  
Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskourant.)

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep.  
sof. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 3-7 Uhr.

Erdbeer-Bowle Pfirsich-Bowle  
frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. inkl. 10 Bl. M. 5,50.  
Johannisbeerwein, herb, Bl. 60 Pf. Desertwein, süß, Bl. 75 Pf.  
Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1,—.  
Echt Stonsdorfer Likör,  
à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10,—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90,—  
Echten alten Nordhäuser Str. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.  
Berliner Getreide-Pummel Str. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.  
Gimbeer-, Kirsch-, Johannisbeerfakt, vorzüglich, Str. 1,30.  
Medizin. Angarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2,10.  
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.  
Eugen Neumann & Co., 6a, Belle-Allianceplatz 6a,  
Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29, Potsdam, Waisenstr. 27.

Die Herren Maurergesellen Seelig,  
Runze, Lehmann und Wieland,  
welche im April 1890 bei dem Hause  
Gde Alvenslebenstr. 12a, Wilow- und  
Gulmstr. 1, gearbeitet haben, werden  
gebeten, ihre Adressen unter C. D. 1  
in der Expedition abzugeben. [1890b]

Sichere Proffstelle.  
Kartoffel-, Öring-, Gemüsegeschäft,  
Umsatz monatlich 1000 M., Preis mit  
Waaren 600 M. Wienerstr. 33 B.

Eisspinden, Dezimal- und  
Taselmeter, sowie Milchgeschäfts-  
Utensilien.  
Jordan, Alcius Markusstr. 28.

Möbel-  
Kaufgelegenheit  
bietet sich Brautleuten u. in Möbel-  
speicher, 17218  
Rosenthaler-Strasse 13, 1.  
Dafelbst stehen täglich zum Verkauf:  
neue gediegene Möbel zu außergewöhn-  
lich billigen Preisen, gebrauchte und  
verliehen gewesene Möbel zu wahr-  
haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-  
stattet. Kleiderständer 15, Küchen-  
spinde, Kommoden 12, Sophas 15,  
Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,  
Aufbaum-Kleiderständer, Vertikows 30,  
Stühle 3, Muschelspinden 40, Tru-  
meaus 65, Paneelesophas 75, Plüsch-  
garnituren 60 Mark, Herren-Schreib-  
tische, Schreibsekretäre, Buffet, Kou-  
lißentische, Spiegel, alles klüggend billig.  
Gekaupte Möbel können auf meinem  
Lagerstapel bis April kostenfrei  
lagern und werden durch eigene Ge-  
spanne transportiert und aufgestellt.  
Auspflasterung Sopha 6,—, Matratze  
5,—, auch neu u. bei bester Ausfüh-  
rung in und außer dem Hause (Post-  
karte). Steinemann, Charlotten-  
burg, Wilmersdorferstr. 148, D. 3 Tr.

Platin-Abfälle kauft zu höchsten  
Preisen 1893b  
Platinschmelze Finke,  
Berlin, Schauffeestr. 49-50.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-  
Handlung Rosenthaler-  
Straße 13.

G. gutgehendes Schankgeschäft soj-  
zu übernehmen. Zuerstagen Brangel-  
straße 91. 1758b\*

Kinder-Wagen, Reisekörbe  
Fabrikpreise, auch Theilzahlung.  
E. L. Hermann, Gneisenaustr. 112.

## Georg Wagner Uhrmacher, Oranienstr. 65, 1 Tr.

Bitte auf die Hausnummer  
zu achten.  
Uhren u. Goldwaaren in solider  
Ausführung zu den billigsten Preisen.  
Massiv goldene Trauringe, gefestlich  
gestempelt: 1 Dukaten 10,50 M., 1 1/2 Duk.  
15,50 M., 2 Duk. 20 M. Star. von  
4 M. an. 5785L\*

Reparaturen  
an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig

Möbl. Zimmer für 2 Herrn bei  
Schneider, Pringensstr. 66. [1896b]

Freundl. möbl. Schlafstelle zu verm.  
Reichenbergerstr. 10, 4 Tr., Wilmersdorf.

Möbl. Schlafst. f. Herrn, 7 M., sep.,  
Alte Jakobstr. 166, D. II, Wien.

Freudl. möbl. Schlafstelle zum 1. für  
Herrn, bei Edhardt, Pringensstr.  
7, vorn 3 Tr. 1897b

Vollst. freundl. möbl. Vorderz., sep.  
Eng. Schwarzloppstraße bis Wedding,  
sucht Techniker. Gest. Off. sub O.W. 7  
Postamt 39 erbeten. 1841b

Große Etude und Küche, part., für  
10 M. sofort zu verm. Fichtestr. 29.

Arbeitsmarkt.  
Achtung, Tischler!  
Die Kollegen der Werkstat von  
Wagenknecht, Rummelsburg,  
Kant-Strasse 11,  
haben wegen bedeutender Lohnabhänge  
die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fern  
zu halten. 212/11  
Die Orts-Vorwaltung  
des deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
vergolde auf farbige verlangt  
Wiener-Strasse 9. 1849b

Versilberinnen  
verlangt Goldleistenfabrik Cottumstr. 5.  
Karton-Arbeiterinnen finden fort-  
währende gute Beschäftigung bei [1827b  
M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.

Prägerin für Monogramme, er-  
fahren mit Wappentexturen, nur erste  
Kraft bei gutem Lohn verlangt.  
Adressen unter L. A. an die Exped.  
des „Vorwärts“, Deutschstr. 2. [1892b]